



Bericht zur Tagung des Anne Frank Zentrums

für den Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus

»Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen«

14. Juni 2017, Umweltforum Berlin

UNABHÄNGIGER
EXPERTENKREIS
ANTISEMITISMUS

Anne Frank.
ANNE FRANK ZENTRUM





Patrick Siegele

Um Antisemitismus entschlossen zu bekämpfen und jüdisches Leben in Deutschland weiterhin nachhaltig zu fördern, wurde im Januar 2015 aufgrund eines fraktionsübergreifenden Beschlusses des Deutschen Bundestags ein zweiter Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus eingesetzt. Dafür wurden in Abstimmung mit allen im Bundestag vertretenen Fraktionen zehn Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis benannt. Aufgabe des zweiten Expertenkreises war es, einen aktuellen Antisemitismusbericht zu verfassen. Der Expertenbericht wurde im Januar 2017 dem Bundesministerium des Innern vorgelegt und im April 2017 dem Bundestag übergeben sowie der Öffentlichkeit vorgestellt.

Seit der Veröffentlichung des ersten Expertenberichts im Jahr 2012 zeigen sich gesellschaftliche Veränderungen, wie etwa die verstärkte Nutzung des Kommunikationsraums Internet, eine seit Jahren aufgeheizte Debatte über Islam, Terrorismus und Zuwanderung bzw. Flucht sowie das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien. Im Zuge dieser Entwicklungen hat sich auch die Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus in der Politik, der Wissenschaft und in zivilgesellschaftlichen Organisationen intensiviert. Denn auch wenn in der nichtjüdischen Bevölkerung Antisemitismus zumeist kaum als aktuelles Problem wahrgenommen wird, so zeigen die Alltagserfahrungen von in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden Antisemitismus als wachsende Herausforderung.

Der Bericht des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus ist Ausdruck der deutlich gestiegenen politischen Aufmerksamkeit für dieses Problemfeld. Er verweist auf die Vielfältigkeit der Erscheinungsformen von Antisemitismus in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, fragt nach den Wahrnehmungen von Antisemitismus aus jüdischer Perspektive und zeigt staatliche sowie zivilgesellschaftliche Bemühungen zur Bekämpfung und Prävention, aber auch deren Grenzen und Defizite. Er bildet damit die Grundlage für zukünftige Diskussionen im Deutschen Bundestag sowie in der Fach- und Medienöffentlichkeit.

Um die Bedeutung des Berichts zu unterstreichen und ihn einer breiten politischen, medialen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit vorzustellen, fand am 14. Juni 2017 im Umweltforum in Berlin die Tagung »Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen« statt. Die Tagung sollte die Möglichkeit bieten, sich intensiv mit einzelnen Ergebnissen, neuen Studien und vor allem mit den Forderungen und Handlungsempfehlungen des Expertenkreises auseinanderzusetzen. Der inhaltliche Verlauf der Tagung sowie die Diskussionen zu verschiedenen Themenbereichen und auf verschiedenen Ebenen werden im vorliegenden Tagungsbericht zusammengefasst vorgestellt.



Patrick Siegele

Koordinator des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus und Direktor des Anne Frank Zentrums

	Vorwort	03
1.	Grußworte	05
2.	Tagungsprogramm	08
3.	Der Expertenbericht	09
	Interview mit Patrick Siegele und Dr. Juliane Wetzel	
4.	Erste Reaktionen auf den Expertenbericht	11
	Ein Blick in die Presse	
5.	Themenschwerpunkte des Berichts	14
	5.1 Antisemitismus in politischen Bewegungen und Parteien	14
	5.2 Antisemitismus und Muslime	18
	5.3 Antisemitismus in den Medien	22
	5.4 Prävention und Intervention	24
6.	Zentrale Forderungen	26
7.	Podiumsdiskussion	28
	Der Bericht und seine Forderungen – Perspektiven aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft	
8.	Berichte aus den thematischen Foren	30
	8.1 Theoretische und empirische Grundlagen	30
	8.2 Religion und Antisemitismus	32
	8.3 Medien und Antisemitismus	34
	8.4 Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus	36
	8.5 Antisemitismus im Kontext von Flucht und Migration	38
	8.6 Prävention und Intervention	40
8.	Gesprächsrunde	42
	»Machbarkeit« und Umsetzung der Forderungen des Expertenkreises	
10.	Resümee und Impressionen	44
	Impressum	46



1. GRUSSWORTE ZUR TAGUNG



Dr. h.c. Edelgard Bulmahn

Unsere Verfassung gebietet uns, die Menschenwürde aller Menschen in unserem Land zu schützen, gleich von wem sie bedroht wird. Trotzdem ist der Antisemitismus auch 72 Jahre nach der Zerschlagung der NS-Diktatur in Deutschland noch immer nicht überwunden. Er ist aber kein Problem der in Deutschland lebenden Juden. Er ist ein Problem unserer Gesellschaft und damit unser aller Problem. Menschen jüdischen Glaubens sind in unserem Land nicht sicher vor Beleidigungen oder gar Übergriffen. Wenn Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen geschändet werden, Synagogen Ziel von Hass und Gewalt sind, jüdische Schulen und Kindergärten von der Polizei bewacht werden müssen, wenn mit antisemitischen Ressentiments politische Stimmung gemacht wird, dann kann und darf diese Gesellschaft nicht wegschauen, schweigen und gleichzeitig so tun, als habe man den Antisemitismus in unserem Land überwunden.

Die Öffentlichkeit ist auch jedes Mal entrüstet, wenn Übergriffe auf Juden oder jüdische Einrichtungen, Friedhöfe oder Erinnerungsmale bekannt werden. Aber reicht dies? Wohl kaum. Denn allzu oft erleben wir leider auch, dass das öffentliche Interesse nach kurzer Zeit wieder erlahmt.

Diese Zyklen medialer Konjunktur und öffentlicher Aufmerksamkeit gilt es zu durchbrechen, denn das Problem des Antisemitismus ist kein historisches oder nur punktuelles, sondern ein aktuelles und anhaltendes. Antisemitische Einstellungen sind auch heute noch weit verbreitet. Und sie sind nicht nur an den Rändern erkennbar, sondern reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft.

Der Antisemitismus in unserem Land ist leider weder eine neue noch eine vorübergehende Erscheinung. Seine Bekämpfung ist insofern eine dauerhafte Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft. Dem wird bisher nicht ausreichend Rechnung getragen. Wir müssen die Strukturen ändern und an die bestehenden Herausforderungen anpassen. Dies gilt in besonderem Maße für den dringenden Ausbau und die Verstärkung der Bekämpfung des Antisemitismus in der Schule und der Jugendarbeit, aber auch für die kontinuierliche Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Wir brauchen Lösungen, die dauerhafte Förderung durch den Bund ermöglichen. Wir müssen handeln und endlich die erforderlichen strukturellen Voraussetzungen schaffen, denn die Versäumnisse der Bildungs- und Jugendarbeit sind in späteren Jahren, wenn sich antisemitische, antidemokratische und fremdenfeindliche Einstellungsmuster verfestigt haben, schwer wieder auszugleichen.

Die Bundesprogramme für Demokratie, Vielfalt und Toleranz, die von der rot-grünen Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Antisemitismus 2001 erstmals aufgelegt wurden, sind ein wichtiger Baustein in der Präventionsarbeit. Allerdings sollte gerade die Bekämpfung des Antisemitismus auch ebenenübergreifend und dauerhaft institutionalisiert werden, um die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu verbessern und beispielsweise im Bildungsbereich an Schulen gemeinsame Strategien und Instrumente zu entwickeln. Eine auf Dauer angelegte Bund-Länder-Vereinbarung wie z. B. im Bereich der Forschungsförderung könnte dies erreichen. Es ist an der Zeit, diesen wichtigen Schritt zu gehen.

Dr. h.c. Edelgard Bulmahn

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

1. GRUSSWORTE ZUR TAGUNG



Hans-Georg Engelke

»Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen«, so der Titel der Tagung, immer noch ein Thema, über 70 Jahre nach der NS-Terrorherrschaft und der Shoah?

Ja, immer noch ein Thema, leider – und dies offensichtlich in den unterschiedlichsten Varianten, quer durch nahezu alle Facetten der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens. Darauf weist uns der aktuelle Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus in seiner Beschreibung und Analyse eindrucksvoll hin.

Besonders von Bedeutung sind für mich die Ausführungen zu den Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus. Erfahrungen mit Antisemitismus müssen sehr ernst genommen werden, daher halte ich z. B. die Handlungsempfehlung des Expertenkreises für richtig und wichtig, zukünftig die jüdischen Perspektiven und Expertisen in die verschiedenen Förderprogramme der Antisemitismusprävention und der politischen Bildung stärker einzubeziehen.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Der Bericht gibt nach Auffassung der Bundesregierung in seiner Gesamtheit fachliche Impulse und detaillierte Anregungen, die es im Rahmen einer innen- und gesellschaftspolitischen Debatte gewissenhaft zu erörtern gilt und deren Umsetzung uns in den nächsten Jahren auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen und in der Gesellschaft insgesamt beschäftigen wird.

Wir befinden uns zum Zeitpunkt der Tagung am Ende dieser Legislaturperiode. Zu Forderungen und Empfehlungen, die auf neue staatliche Funktionen und Strukturen abzielen, wird eine neue Bundesregierung nach den Bundestagswahlen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der parlamentarischen Debatte die notwendigen Entscheidungen treffen (müssen).

Aufgrund ihrer Geschichte hat die Bundesrepublik Deutschland eine ganz besondere Verantwortung gegenüber ihrer jüdischen Bevölkerung. Die Bekämpfung des Antisemitismus in all seinen Facetten ist zweifellos und unstreitig Konsens unter allen demokratischen Kräften in Deutschland und eine der Prioritäten der Bundesregierung.

Denn natürlich gilt, dass sich der demokratische Rechtsstaat gegenüber dem Antisemitismus nicht neutral verhalten kann. Antisemitismus ist immer auch ein Angriff auf die Grundwerte unserer demokratischen Ordnung und unserer offenen, pluralistischen Gesellschaft.

Die politischen Gefahren des Antisemitismus gehen – auch dies ist eine wichtige Lehre aus dem Untergang der Weimarer Republik – nicht nur die jüdische Gemeinschaft, sondern die Gesellschaft im Ganzen an.

A handwritten signature in black ink, reading "Hans-Georg Engelke". The signature is written in a cursive, flowing style.

Hans-Georg Engelke

Staatssekretär im Bundesministerium des Innern

1. GRUSSWORTE ZUR TAGUNG



Dr. Josef Schuster

Die Tagung des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus im Anne Frank Zentrum in Berlin hat verdeutlicht: Der Bericht des Expertenkreises ist geschrieben, aber die eigentliche Arbeit liegt noch vor uns!

Meinen Dank an die Experten für den fundierten und wegweisenden Bericht habe ich bei der Tagung bereits ausgesprochen und wiederhole ihn an dieser Stelle gerne. Zugleich bin ich dem Anne Frank Zentrum sehr dankbar für die Tagung. Gemeinsam mit vielen Menschen, die sich vor Ort tagtäglich gegen Antisemitismus engagieren, werden und müssen wir daran arbeiten, die Empfehlungen des Expertenkreises umzusetzen.

Zwei Kernforderungen stehen dabei für den Zentralrat der Juden in Deutschland im Mittelpunkt: Die Implementierung der »Working Definition on Anti-Semitism« in Deutschland sowie die Berufung eines Beauftragten zur Bekämpfung von Antisemitismus auf Bundesebene.

Denn bislang fehlt es an einer Stelle, an der über Wahlperioden hinweg und nachhaltig die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland beobachtet wird. Daher fehlen auch längerfristige Strategien zur Bekämpfung des Antisemitismus. Ein Beauftragter könnte auch jenseits von Vorfällen, die mediale Aufregung erzeugen, an dem Thema arbeiten. Ebenso wäre ein Antisemitismusbeauftragter ein wichtiger Ansprechpartner für Organisationen und Verbände.

Ein solcher Beauftragter könnte darüber hinaus dafür Sorge tragen, dass der Bericht des Unabhängigen Expertenkreises nicht einfach zu den Akten gelegt wird. Denn auch der Antisemitismus verstaubt leider nicht einfach wie eine Akte und gerät in Vergessenheit. Er erledigt sich nicht von selbst. Wir müssen aktiv für eine Gesellschaft arbeiten, in der es weder Antisemitismus noch Rassismus gibt, in der Minderheiten geschützt und respektiert sind, und in der die NS-Verbrechen und die Opfer der Shoah nicht vergessen werden.

Mit der Tagung haben wir einen wichtigen Schritt in diese Richtung getan. Und ich bin mir sicher: Wenn wir gemeinsam weiter auf diesem Weg gehen, können wir eine Menge erreichen.

In diesem Sinne wünsche ich allen Beteiligten viel Erfolg!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Schuster'.

Dr. Josef Schuster

Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

2. TAGUNGSPROGRAMM

Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen

Tagung des Anne Frank Zentrums für den Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus am 14. Juni 2017

	Moderation: Miriam Janke
08.30 Uhr	Anmeldung/Registrierung
09.00 Uhr	I Grußworte I I Dr. h.c. Edelgard Bulmahn Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags I Hans-Georg Engelke Staatssekretär im Bundesministerium des Innern I Dr. Josef Schuster Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland
09.30 Uhr	I Präsentation der wichtigsten Ergebnisse des Berichts einschließlich der zentralen Forderungen I
10.30 Uhr	Kaffeepause
11.00 Uhr	I Fortsetzung der Präsentation der wichtigsten Ergebnisse des Berichts einschließlich der zentralen Forderungen I
12.00 Uhr	Mittagspause
13.00 Uhr	Podiumsdiskussion I Der Bericht und seine Forderungen – Perspektiven aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft I I Volker Beck Mitglied des Deutschen Bundestags, Bündnis 90/Die Grünen I Prof. Dr. Andreas Nachama Direktor der Topographie des Terrors und Mitglied des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus I Katharina von Schnurbein Koordinatorin zur Bekämpfung von Antisemitismus der Europäischen Kommission I Dr. Yasemin Shooman Leiterin der Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin
14.00 Uhr	Kaffeepause
14.30 Uhr	I Vorstellung und Diskussion der Berichtsthemen in parallelen thematischen Foren I I 1 I Theoretische und empirische Grundlagen Prof. a.D. Dr. Werner Bergmann Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugber Hochschule des Bundes Brühl I 2 I Religion und Antisemitismus Aycan Demirel Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V. Dr. Chaban Salih Empati gGmbH Dr. Rosa Fava Jüdisches Museum Berlin I 3 I Medien und Antisemitismus Dr. Juliane Wetzel Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin I 4 I Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus Marina Chernivsky Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland Prof. Dr. Julia Bernstein Frankfurt University of Applied Sciences Prof. Dr. Andreas Zick Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld I 5 I Antisemitismus im Kontext von Flucht und Migration Prof. Dr. Beate Küpper Hochschule Niederrhein Dr. Sina Arnold Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der HU Berlin Jana König Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der HU Berlin I 5 I Prävention und Intervention Dr. Elke Gryglewski Haus der Wannsee-Konferenz Patrick Siegele Anne Frank Zentrum Kerstin Engelhardt Socius e.G.
16.15 Uhr	I Gesprächsrunde zu »Machbarkeit« und Umsetzung der Forderungen des Expertenberichts I I Thomas Heppener Leiter der Referatsgruppe »Demokratie und Vielfalt« im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend I MinDirig. Ulrich Weinbrenner Leiter des Stabes Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration im Bundesministerium des Innern I Nikola Gillhoff Stellvertretende Sonderbeauftragte für die Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen im Ausland im Auswärtigen Amt
17.15 Uhr:	I Kurzes Tagungsresümee
17.30 Uhr:	Ende der Tagung

Zwei Jahre arbeitete der zweite Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus an der Erstellung des Berichts »Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen«. Unterstützt wurde die Arbeit des Expertenkreises durch eine im Juli 2015 am Anne Frank Zentrum eingerichtete Koordinierungsstelle. Als Koordinator*innen des Expertenkreises fungierten Patrick Siegele, Direktor des Anne Frank Zentrums, und Dr. Juliane Wetzel, Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Sie berichten im Folgenden über die Zusammensetzung, die politischen Grundlagen sowie über die Arbeitsweise des Expertenkreises.

Frau Wetzel, Sie waren bereits Mitglied im ersten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus, dessen Bericht 2011 dem Bundestag übergeben worden ist. Wann und warum wurde ein zweiter Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus eingesetzt?

■ **Juliane Wetzel:** Der zweite Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus wurde zu Beginn des Jahres 2015 auf Antrag der Bundestagsfraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie in Übereinstimmung mit der Partei Die Linke einberufen. Schon der erste Expertenbericht hat gezeigt, wie stark Antisemitismus nach wie vor gesellschaftlich verbreitet ist. Entsprechend wurde ein Maßnahmenkatalog verfasst, der jedoch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – kaum Eingang in den politischen und öffentlichen Diskurs gefunden hat. Passiert war also wenig. Daher sollte der zweite Unabhängige Expertenkreis aktuelle Entwicklungen des Antisemitismus aufzeigen und entsprechende Handlungsempfehlungen an Politik, Wissenschaft und (Zivil-)Gesellschaft formulieren, mit dem dezidierten Ziel, diese dann auch tatsächlich umzusetzen und damit Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft aktiv entgegenzutreten.

Herr Siegele, welchen Auftrag hatte der zweite Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus?

■ **Patrick Siegele:** Neben der Aktualisierung der Ergebnisse des ersten Expertenberichts lautete der Auftrag des Deutschen Bundestags, Vorschläge für Maßnahmen zur Bekämpfung des Antise-

mitismus zu machen. Hierbei sollte der Schwerpunkt auf Maßnahmen liegen, die auf Bundesebene umgesetzt werden können. Ein Stück weit hat sich der Expertenkreis von diesem Auftrag entfernt, da viele notwendige Maßnahmen gegen Antisemitismus aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland nicht alleine auf Bundesebene umgesetzt werden können, etwa in den Bereichen Bildung, Polizei und Justiz.

Wie setzte sich der zweite Unabhängige Expertenkreis zusammen?

■ **Juliane Wetzel:** Wie schon der erste Expertenkreis setzte sich auch der zweite aus Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen zusammen, die sich unmittelbar mit der Erforschung und Prävention von Antisemitismus befassen. Einige Expert*innen waren bereits im ersten Expertenkreis aktiv, andere kamen neu hinzu. Die Zusammensetzung des Expertenkreises stieß zunächst auf öffentliche Kritik, weil dem Gremium kein jüdisches Mitglied angehörte. Der Kritik wurde Rechnung getragen und der Expertenkreis entsprechend um zwei weitere Mitglieder ergänzt. (siehe Abbildung)

Das Ergebnis der Arbeit des Expertenkreises, der 300 Seiten starke Bericht, liegt mittlerweile als gedruckte Broschüre vor. Wie war der Weg dorthin?

Wie sah die Arbeitsweise des Expertenkreises aus?

■ **Patrick Siegele:** Grundlage für die Arbeit des Expertenkreises waren regel-



Dr. Juliane Wetzel und Patrick Siegele

Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus
(in alphabetischer Reihenfolge):

Prof. a. D. Dr. Werner Bergmann
Soziologe; Professor für Antisemitismusforschung, Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin

Marina Chernivsky
Verhaltenswissenschaftlerin und Psychologin; Leiterin des »Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment«, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)

Aycan Demirel
Mitbegründer und Leiter der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e. V.)

Dr. Elke Gryglewski
Politikwissenschaftlerin; stellvertretende Direktorin und Leiterin der Bildungsabteilung Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (GHWK)

Prof. Dr. Beate Küpper
Sozialpsychologin; Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen- und Konfliktsituationen Hochschule Niederrhein, Fachbereich Sozialwesen

Prof. Dr. Andreas Nachama
Historiker; Rabbiner und Geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugber
Politikwissenschaftler und Soziologe; Professor im Fachbereich Öffentliche Sicherheit Hochschule des Bundes, Brühl

Patrick Siegele
Philologe und Musikwissenschaftler; Direktor des Anne Frank Zentrums (AFZ), Berlin

Dr. Juliane Wetzel
Historikerin
Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin

mäßige gemeinsame Sitzungen. Die konstituierende Sitzung fand am 19. Januar 2015 statt. Danach tagte der Expertenkreis insgesamt 16 Mal in den Räumlichkeiten des Bundesministeriums des Innern. Organisiert wurden diese Treffen von der Koordinierungsstelle des Expertenkreises in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration im Innenministerium. Diese Treffen wurden genutzt, um die Struktur des Berichts zu besprechen, zentrale Themenschwerpunkte festzulegen, an einzelnen Berichtsteilen zu arbeiten sowie die Vorgehensweise und das Selbstverständnis des Expertenkreises zu diskutieren.

■ **Juliane Wetzel:** Dem Gremium war dabei von Anfang an wichtig, sich nicht nur intern auszutauschen, sondern zusätzlich auch Expertisen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft einzuholen. Es gab daher verschiedene Konsultationen und Gastgespräche, wie etwa mit dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Dr. Josef Schuster, oder der Antisemitismusbeauftragten der Europäischen Kommission, Katharina von Schnurbein. Hinzu kamen verschiedene Gastvorträge, etwa von Regierungsvertreter*innen aus verschiedenen Ressorts, aber auch aus Wissenschaft und Praxis.

■ **Patrick Siegele:** Zentraler Bestandteil der Erstellung des Expertenberichts waren auch externe Expertisen, die aufgrund der vom Bundestag zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel eingeholt und über die wichtige Erkenntnisse etwa im Bereich der jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus oder in Bezug auf Flucht und Antisemitismus gewonnen werden konnten.

Herrschte im Expertenkreis weitgehend Einigkeit bei der Interpretation und Einordnung von Forschungsergebnissen? Wie wurde gegebenenfalls mit Dissens umgegangen?

■ **Juliane Wetzel:** In einer Gruppe von neun Personen, die sich alle in unterschiedlichen wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen mit dem Phänomen Antisemitismus befassen, kann es nicht durchgängig Einigkeit geben. Allein schon in der Verwendung von Begrifflichkeiten zeigten sich Unterschiede.

■ **Patrick Siegele:** Dennoch haben wir sehr konstruktiv miteinander diskutiert. Es wurde versucht, eine Sprache des Expertenkreises zu finden, auf die sich alle Mitglieder einigen konnten, was auch weitgehend gelungen ist. In Fällen in denen keine gemeinsame Begrifflichkeit oder Einordnung gefunden werden konnte, haben wir dies z. B. mit Hilfe von Fußnoten transparent gemacht.

Wie sieht die weitere Vorgehensweise des Expertenkreises aus? Besteht das Gremium weiter?

■ **Patrick Siegele:** Offiziell ist die Arbeit des Expertenkreises mit der Übergabe des Berichts an den Bundestag beendet worden. Die Koordinierungsstelle am Anne Frank Zentrum bleibt noch bis Ende 2017 bestehen. Die Mitglieder des Gremiums stehen aber auch weiter in Kontakt miteinander und reagieren auf Nachfragen zum Bericht.

■ **Juliane Wetzel:** Eine der zentralen Forderungen des Berichts ist die Verstärkung eines unabhängigen Expertengremiums, das regelmäßig Bericht erstattet und in beratender Funktion eng mit dem oder der ebenfalls geforderten Antisemi-

tismusbeauftragten zusammenarbeitet. Die Zusammensetzung dieses Expertenkreises muss hierfür jedoch personell nicht mit dem jetzigen Unabhängigen Expertenkreis identisch sein. Eine Fortführung der Arbeit wäre jedoch sinnvoll und wünschenswert.

Welche Erwartungen haben Sie bezüglich der weiteren Auseinandersetzung mit dem Bericht und seinen Forderungen?

■ **Juliane Wetzel:** Die Mitglieder des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus haben vor allem die Hoffnung und Erwartung, dass der Bericht und seine Forderungen ernst genommen werden und die entsprechenden Entscheidungen trotz der endenden Legislaturperiode so schnell wie möglich getroffen werden.

■ **Patrick Siegele:** Bisher wurde der Bericht sehr positiv sowohl in der Medienberichterstattung als auch in verschiedenen politischen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Diskussionszusammenhängen aufgenommen. Der Unabhängige Expertenkreis wurde zudem im Mai dieses Jahres vom OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in einem Leitfaden zum Schutz jüdischer Gemeinden als »best practice«-Beispiel genannt. Aufbauend auf dieser positiven Resonanz bleibt zu hoffen, dass die Forderungen und Handlungsempfehlungen des Unabhängigen Expertenkreises auch in der nächsten Legislaturperiode von der neuen Regierung aufgegriffen werden und ein Rahmen geschaffen wird, der die Auseinandersetzung mit und den Kampf gegen Antisemitismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen ermöglicht.

Die Fragen stellte Dr. Christina Herkommer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus beim Anne Frank Zentrum

4. BLICK IN DIE PRESSE – Erste Reaktionen auf den Expertenbericht



Der Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus wurde am 24. Mai 2017 im Rahmen einer Pressekonferenz offiziell an den Bundestag übergeben und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Im Vorfeld, vor allem aber nach der Veröffentlichung des Berichts fand eine ausführliche Berichterstattung in den Print- und Onlinemedien statt. Auch die Tagung des Unabhängigen Expertenkreises am 14. Juni 2017 sowie die Bundestagsdebatte zum Expertenbericht am 21. Juni 2017 waren Anlass für eine mediale Auseinandersetzung mit dem Bericht und der Fortdauer des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft. Oft wurde die Berichterstattung eingebettet in tagesaktuelle Ereignisse rund um den Themenbereich Antisemitismus, wie etwa der antisemitische Vorfall an einer Schule in Berlin-Friedenau, der im April 2017 öffentlich wurde, oder die Debatten um die Ausstrahlung der vom Fernsehsender arte in Auftrag gegebenen und vom WDR produzierten Dokumentation »Ausgewählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa«.

Für den Zeitraum zwischen dem 6. April und dem 24. Juni 2017 wurden 125 Artikel ausgewertet, die sich mit dem Expertenbericht befassen. Das Spektrum reicht von großen, überregionalen Zeitungen, wie der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung oder der Welt, über Wochenzeitungen wie Der Spiegel und Die Zeit, bis hin zu Regionalblättern, wie die Thüringische Landeszeitung, das Main Echo und die Ibbenbürener Volkszeitung.

In den Artikeln wird in unterschiedlicher Länge und Ausführlichkeit die Publikation des Expertenberichts angekündigt, berichtet und kommentiert. Einige Medien, wie etwa HaGalil, halten sich dabei sehr eng bzw. im Wortlaut an die Pressemitteilung des Unabhängigen Expertenkreises. Andere beziehen die Diskussion während der öffentlichen Vorstellung des Berichts am 24. April 2017 sowie Interviews mit einzelnen Expertinnen und Experten in ihre Berichterstattung ein. Viele Artikel orientieren sich in unterschiedlicher Ausführlichkeit an einer Mitteilung der dpa, sodass weite Teile der Berichterstattung sich sogar im Wortlaut gleichen.

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt dabei auf fünf verschiedenen Themenbereichen, die im Folgenden etwas ausführlicher betrachtet werden sollen:

1. Jüdische Perspektive
2. Medien
3. Muslime und Antisemitismus
4. Rechtsextremismus
5. Forderungen

Zentraler Fokus – und oft schon in den Überschriften der Artikel sichtbar – ist die jüdische Perspektive, die im Bericht des Unabhängigen Expertenkreises erstmals mit aufgenommen wurde. Berichtet wird hier vor allem, dass Juden in Deutschland eine

zunehmende Bedrohung durch Muslime wahrnehmen (51 Artikel) und sich infolge alltäglicher antisemitischer Erfahrungen nicht mehr sicher fühlen (46 Artikel). Dass Juden in Deutschland auch eine zunehmende Bedrohung durch Rechtspopulisten sehen, wird in nur sechs Artikeln vermerkt.

In Zusammenhang mit der Wahrnehmung eines wachsenden Antisemitismus und oft als Begründung für diese Wahrnehmung, wird in der Berichterstattung die gestiegene Bedeutung des Internet und der Sozialen Medien genannt, die im Expertenbericht verdeutlicht wurde. In 59 Artikeln wird in mindestens einem Satz darauf hingewiesen, dass das Internet als Hauptverbreitungsorgan für antisemitische Hetze betrachtet werden kann.

Als Träger des Antisemitismus werden zum einen und sehr ausführlich und facettenreich Muslime in der Berichterstattung genannt. Zum anderen wird auf die im Expertenbericht festgehaltene Bedeutung des Rechtsextremismus verwiesen. In Bezug auf Muslime wird in 26 Artikeln der antisemitische Mobbing-Fall an einer Schule in Berlin-Friedenau als Aufhänger benutzt, um zu illustrieren, wie virulent das Problem eines »muslimischen Antisemitismus« ist. In drei Artikeln wird zudem darauf verwiesen, dass in Schulen mehrheitlich ein »muslimi-

scher Antisemitismus« vorherrsche. Die Aussage des Expertenberichts, dass muslimische Jugendliche in der Tendenz antisemitischer eingestellt seien als ihre nichtmuslimischen Altersgenossen, wird entsprechend auch in vielen Artikeln (31 Artikel) erwähnt. Zugleich wird aber oft (22 Artikel) in diesem Zusammenhang auf ein weiteres Ergebnis des Expertenberichts hingewiesen, nach dem muslimische Jugendliche nicht antisemitischer eingestellt sind als ältere Nichtmuslime und Schulbildung (24 Artikel) zu einer Abnahme der antisemitischen Einstellungen führt. In der Berichterstattung wird auch aufgegriffen (20 Artikel), dass Muslime in der öffentlichen Wahrnehmung oft als Hauptträger antisemitischer Einstellungen und muslimische Verbände und Gemeinden pauschal als Hort antisemitischer Hetze (19 Artikel) gelten. Die Sichtweise des Expertenberichts wird in der Berichterstattung weitgehend aufgenommen, nach der es bisher viel zu wenig Forschung zu diesem Themenbereich gibt (21 Artikel), die bisherigen Studienergebnisse aber Anlass dazu geben, Antisemitismus unter Muslimen weiter zu beobachten (15 Artikel).

Trotz einer breiten Berichterstattung zu Muslimen und Antisemitismus, die in den einzelnen Artikeln oft einen großen Raum einnimmt, wird in 51 Artikeln darauf hingewiesen, dass der Rechtsextremismus nach wie vor der bedeutendste Träger von

Ein Gefühl der Gefahr

Viele in Deutschland lebende Juden empfinden Antisemitismus unter Muslimen als persönliche Bedrohung. Ein Expertenkreis fordert nun eine eigene Datenbank für Straftaten – oder den Besuch von Gedenkstätten im Rahmen von Integrationskursen.

Süddeutsche Zeitung, 25. April 2017

**Deutsche Juden
sehen sich von Muslimen
bedroht**

Neuß-Grevenbroicher Zeitung, 25. April 2017

Hass und Hetze

**Experten beklagen wachsenden Antisemitismus in
Deutschland und fordern einen Bundesbeauftragten**

Berliner Zeitung, 25. April 2017

Viele Juden fühlen sich bedroht

Expertenkreis sieht wachsenden Antisemitismus und fordert Verstärkten Kampf gegen Hetze

Bremer Nachrichten, 25. April 2017

Fremde Federn: Josef Schuster

Antisemitismus gezielter bekämpfen

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. April 2017

Juden in Deutschland fühlen sich bedroht

Expertengremium legt Antisemitismusbericht im Bundestag vor/Tausende gedenken Holocaustopfern

Neues Deutschland, 25. April 2017

4. BLICK IN DIE PRESSE – Erste Reaktionen auf den Expertenbericht

Antisemitismus ist. In der öffentlichen Wahrnehmung trete der Rechtsextremismus momentan zwar in den Hintergrund (20 Artikel), dürfe aber nicht verharmlost werden (14 Artikel), so der Grundtenor der Berichterstattung. In vier Artikeln wird zudem darauf verwiesen, dass die meisten antisemitischen Straftaten von rechts begangen werden, und in weiteren vier Artikeln wird die Bedeutung des Antisemitismus in der rechten Fußball-Fanszene hervorgehoben.

In fast allen Beiträgen wird auf die Forderungen des Expertenkreises verwiesen, wobei jedoch jeweils unterschiedliche Forderungen hervorgehoben werden. Besonders häufig (61 Artikel) nimmt die Presseberichterstattung die Forderung nach einem Antisemitismusbeauftragten auf, direkt gefolgt von der Forderung nach einer verbesserten Erfassung und Ahndung von antisemitischen Straftaten sowie der Förderung von Beratungsangeboten für Betroffene (51 Artikel). In weiteren 16 Artikeln wird auf die Forderung des Expertenkreises nach einer Bund-Länder-Kommission hingewiesen. Auch die Forderung nach Forschungsförderung (13 Artikel) und einer dauerhaften Förderung der Präventionsarbeit (neun Artikel) werden regelmäßig in den längeren Artikeln erwähnt. Kaum genannt wird hingegen die Forderung nach einer Verstärkung des Expertenkreises. Gar keine Erwähnung findet der Zusatzabschnitt am Ende der Forderungen, in dem der Expertenkreis betont, dass auch andere Vorurteile und Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung von gesonderten Expertenkreisen analysiert werden sollten. Vergleichsweise selten wird in der Medienberichterstattung auf antisemitische Einstellungen in der Gesamtbevölkerung hingewiesen. Ein Anstieg des israelbezogenen Antisemitismus wird in 38 Artikeln meist sehr knapp konstatiert und oft gleichzeitig auf einen Rückgang des klassischen Antisemitismus verwiesen (23 Artikel). Häufig (21 Artikel) findet auch die schon in der Berichterstattung zum ersten Expertenbericht immer wieder genannte Zahl von 20 Prozent latentem Antisemitismus in der Gesamtbevölkerung Erwähnung. Während der Verweis auf Einstellungen oft nur einen einzelnen Satz in den jeweiligen Artikeln ausmacht, werden in immerhin sechs Artikeln die statistischen Zahlen ausführlich dargestellt.

Vereinzelt gibt es in der Berichterstattung Hinweise auf die Diskussion um die Definition von Antisemitismus. So wird etwa in verschiedenen Beiträgen der Präsident des Zentralrats der Juden zitiert, der die Übernahme der »Working Definition«¹ auch in Deutschland fordert, um Antisemitismus besser erkennen und einordnen zu können und dabei auf den Bericht verweist. Ebenso wird am Rand auf Parteipolitik aufmerksam gemacht.

So werden etwa in drei Artikeln unter Rückgriff auf den Expertenbericht Parteien dazu aufgefordert, ihre eigene Position zu reflektieren. In weiteren drei Artikeln wird die besondere Rolle der AfD hervorgehoben, die versuche, sich bei der jüdischen Bevölkerung anzubiedern. In diesem Zusammenhang wird auch in drei Artikeln die AfD als Sammelbecken für Antisemiten bezeichnet und darauf verwiesen, dass die AfD die einzige Partei war, die sich auf die Anfrage des Expertenkreises nicht zurückgemeldet hatte.²

Insgesamt zeigt sich eine recht ausgewogene Berichterstattung, die zwar mit Schlagzeilen lockt, die nahelegen, das Problem des Antisemitismus sei kein gesamtgesellschaftliches Problem, sondern ein Problem »der Muslime«, dann aber in den Artikeln selbst durchaus abwägend argumentiert. Auffällig ist jedoch, dass die Einstellungen der Gesamtbevölkerung eher randständig behandelt werden, während der Berichterstattung zu Muslimen als mutmaßlichen Trägern des Antisemitismus sehr viel Raum gegeben wird.

1 Bei der sogenannten »Working Definition« handelt es sich um eine Arbeitsdefinition zu Antisemitismus, die im April 2005 von Vertreter*innen des European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC), heute die Fundamental Rights Agency (FRA), mit Sitz in Wien, entwickelt wurde, vgl. <http://www.antisem.eu/projects/eumc-working-definition-of-antisemitism/> (eingesehen 4. Oktober 2017). In einigen EU-Mitgliedstaaten wird diese Arbeitsdefinition bereits genutzt. Im Frühjahr 2016 wurde sie auch von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) und im September 2017 im Deutschen Bundestag angenommen (vgl. Antisemitismusbericht: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2017, S. 23).

2 Der UEA hatte allen Parteien, die während des Untersuchungszeitraums in mindestens drei Länderparlamenten in Deutschland vertreten waren, einen Fragebogen mit der Bitte um Beantwortung zum Umgang mit Antisemitismus in der Gesellschaft und in der eigenen Partei geschickt. Lediglich die AfD reagierte auf diese Anfrage nicht.

5. THEMENSCHWERPUNKT: Antisemitismus in politischen Bewegungen und Parteien

Zur thematischen Einführung in die Ergebnisse des Berichts wurden im Rahmen der Tagung nicht einzelne Berichtskapitel von den Mitgliedern des Unabhängigen Expertenkreises vorgestellt, sondern vier thematische Schwerpunkte gesetzt, die in der medialen Berichterstattung und der öffentlichen Debatte besonders präsent waren und sind. Dazu gehören die Themen (1) Antisemitismus in politischen Bewegungen und Parteien, (2) Antisemitismus und Muslime, (3) Antisemitismus in den (Sozialen) Medien sowie (4) Prävention und Intervention, die hier im Folgenden und in enger Anlehnung an die Redebeiträge kurz vorgestellt werden.

5.1

ANTISEMITISMUS IN POLITISCHEN BEWEGUNGEN UND PARTEIEN

Prof. Dr. Werner Bergmann
Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugber

Parteien sind die wichtigsten politischen Akteure im gesellschaftlichen Bereich. Daher kommt denen von ihnen vertretenen Einstellungen zu Antisemitismus auch eine besondere Bedeutung zu. In der Vergangenheit kam es in den verschiedenen Parteien immer wieder zu antisemitischen Vorfällen.³ Dennoch erklären CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ebenso wie die Partei Die Linke öffentlich immer wieder ihre Ablehnung der Judenfeindschaft. Das größte Antisemitismus-Problem hat die AfD. Ihr widmet der Expertenbericht entsprechend auch besondere Aufmerksamkeit. Die AfD ist die einzige Partei, die auf eine Anfrage des Expertenkreises zum Engagement der Parteien gegen Antisemitismus in der Gesellschaft und in ihren eigenen Reihen nicht reagiert hat. Zudem zeigen sich in der AfD einige antisemitische Vorfälle, auf die die Parteiführung zwar reagierte und Konsequenzen forderte. Dies geschah aber nicht aus der Partei selbst heraus, sondern als Reaktion auf öffentliche Kritik. Besonders bekannt wurde in diesem Zusammenhang der Fall »Wolfgang Gedeon«, der zeitweilig sogar zur Spaltung der AfD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg führte. Obwohl der Fraktionsvorsitzenden Jörg Meuthen eine Zusammenführung der gespaltenen Fraktion ausgeschlossen hatte, fand sich die Fraktion nach dem Ausscheiden Gedeons wieder zusammen. Hier zeigt sich vor allem ein instrumenteller Umgang mit dem Thema Antisemitismus, der sich auch in anderen Bereichen der Partei erkennen lässt, etwa wenn Frauke Petry der jüdischen Bevölkerung zusichert, dass die Politik der AfD sie vor antisemitischen Muslimen schütze, und damit versucht, Antisemitismus als Problem der in Deutschland lebenden Muslime darzustellen und nicht als gesamtgesellschaftliches Phänomen. Bei allen Bemühungen der AfD, Antisemitismus vor allem bei Muslimen zu finden und nicht in den eigenen Reihen, zeigt sich jedoch in Umfragen, dass antisemitische Einstellungen in der



Prof. Dr. Werner Bergmann

potenziellen Wählerschaft der AfD besonders stark verbreitet sind und seit 2014 sogar noch weiter zugenommen haben (siehe Abbildung 1). Es überrascht daher nicht, dass sich in einer vom Expertenkreis in Auftrag gegebenen Untersuchung zu den Perspektiven von Jüdinnen und Juden auf Antisemitismus 75 Prozent der Befragten häufiger vor einem anwachsenden Rechtspopulismus fürchten als vor Terroranschlägen (61 Prozent) und Zuwanderung (58 Prozent).

5. THEMENSCHWERPUNKT: Antisemitismus in politischen Bewegungen und Parteien

Politischer Hauptträger des Antisemitismus ist jedoch nach wie vor der Rechtsextremismus, dies gilt sowohl für die NPD als auch für die Neonazi-Szene. In keinem anderen gesellschaftlichen Bereich kursieren derart eindeutige antisemitische Behauptungen, die in besonderer Offenheit und Schärfe vorgebracht werden. So lassen sich in strategischen Papieren der NPD beispielsweise antisemitische Anspielungen und Codes finden, wie z. B. der Begriff »Ostküste«, der als Chiffre für »jüdische Bankiers« an der Wall Street steht. In rechtsextremen Publikationsorganen wird die Flüchtlingskrise als Folge einer »jüdischen Weltverschwörung« gedeutet. Und in den Texten von meist neonazistisch ausgerichteten Rechtsrock-Bands offenbaren sich Gewaltfantasien, die die Ermordung von Juden implizieren und Resonanz finden bis hinein in rechtsoffene Fußball-Fangruppen. Auch rechtsextremistische Rap-Musik beinhaltet Antisemitismus. Die Holocaust-Leugnung hat zwar aufgrund ihrer strafrechtlichen Folgen an Bedeutung für die rechtsextreme Szene verloren, aber es gibt weiterhin einschlägige Bekundungen von Publizisten aus dieser Ecke. Es kann von daher nicht verwundern, dass weit über 90 Prozent der antisemitischen Straftaten in die Rubrik »Politisch Motivierte Kriminalität rechts« (PMK-rechts) eingeordnet werden (siehe Abbildung 2) und dass sich diejenigen, die sich selbst politisch rechtsaußen positionieren, sowohl dem traditionellen wie dem

israelbezogenen Antisemitismus weitaus am häufigsten zustimmen (siehe Abbildung 3).⁵

3 Z. B. CDU/CSU: Der Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann hält am Tag der Deutschen Einheit im Jahr 2003 im Bundestag eine Rede, in der er einen angeblichen Kollektivschuld-Vorwurf thematisiert und behauptet, auch die Juden könnten als »Tätervolk« gesehen werden. Bündnis 90/Die Grünen: Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Jamal Karli unterstellt im Jahr 2002 dem israelischen Militär »Nazi-Methoden«. FDP: Jürgen Möllemann nutzt 2002 antisemitische Provokationen zum Israelkonflikt zur Profilierung in der Öffentlichkeit. Die Linke: Verschiedene Vorfälle wie die Teilnahme einiger Abgeordneter an der Gaza-Flottille, das Verhalten gegenüber dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres nach seiner Rede im Deutschen Bundestag im Jahr 2010, die »Toilettenaffäre« 2014 (vgl. Antisemitismusbericht: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2017, S. 137ff.).

4 Die FES-Mitte-Studie ist eine seit 2006 von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Erhebung zu rechtsextremen Einstellungen. Bis 2012 wurden die Erhebungen an der Universität Leipzig, seit 2014 in Kooperation mit dem Institut für Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick durchgeführt.

5 2001 wurde das Definitionssystem »Politisch Motivierte Kriminalität« zur polizeilichen Erfassung von Straftaten eingeführt. Zuvor waren lediglich Staatsschutzdelikte erfasst worden. Fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten blieben dabei oft unberücksichtigt. Aufgeteilt ist das Definitionssystem in die Kategorien PMK-Rechts (rechtsmotivierte Straftaten), PMK-Links (linksmotivierte Straftaten), PMK-Ausländer (Straftaten, die aufgrund von Ideologien oder politischen Entwicklungen im Ausland verübt werden) und PMK-Sonstige (Straftaten, die sich keinem der anderen Bereiche zuordnen lassen (vgl. hierzu auch Antisemitismusbericht: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2017, S. 29 ff.).

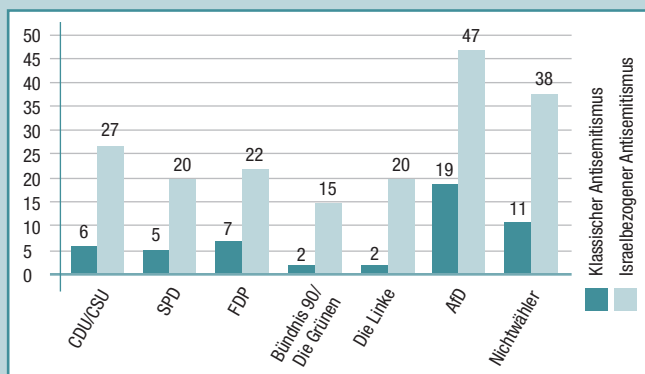


Abbildung 1: Antisemitismus nach Parteipräferenz (FES-Mitte-Studie⁴ 2016 – in %)

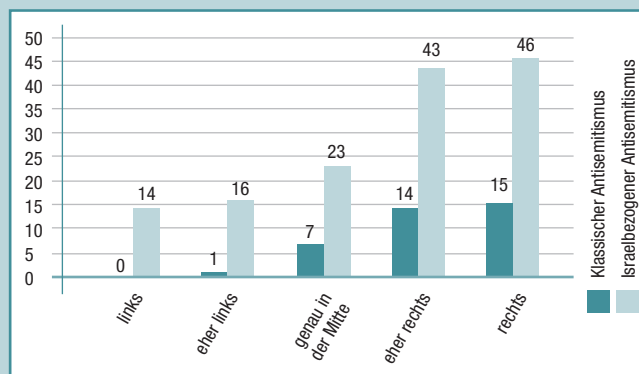


Abbildung 3: Antisemitismus nach politischer Selbstpositionierung (FES-Mitte-Studie 2016 – in %)

Antisemitisch	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
PMK -links-	2	6	6	4	7	4	1	5	4	1	6	3	0	7	5	2
PMK -rechts-	1.629	1.594	1.226	1.346	1.682	1.662	1.561	1.496	1.520	1.192	1.188	1.314	1.218	1.342	1.246	1.381
PMK -Ausländer-	31	89	53	46	33	89	59	41	101	53	24	38	31	176	78	48
PMK -Sonstige-	29	82	59	53	26	54	36	17	65	22	21	19	26	71	37	37
PMK Gesamt	1.691	1.771	1.344	1.449	1.748	1.809	1.657	1.559	1.690	1.268	1.239	1.374	1.275	1.596	1.366	1.468

Abbildung 2: Politisch motivierte Kriminalität 2001-2015 (Verfassungsschutzberichte 2001-2015)

5. THEMENSCHWERPUNKT: Antisemitismus in politischen Bewegungen und Parteien

Neben den partei- und bewegungsförmigen Strukturen des klassischen Rechtsextremismus sind in den letzten Jahren politische Bewegungen entstanden, die ihre Anliegen primär in Form regelmäßiger Demonstrationen formulieren. In der rechtspopulistischen Pegida spielt offener Antisemitismus zwar keine dominante Rolle. Dennoch sind die Themen von Pegida gerade für die extreme Rechte anschlussfähig. Insbesondere die Verbreitung von Verschwörungstheorien und die aggressive Stimmung gegenüber anderen Minderheiten, vor allem gegenüber Muslimen, die sich bei den Redner*innen und Demonstrant*innen manifestieren, sind ein ernstzunehmendes Einfallstor für Antisemitismus. In etlichen Reden auf den Pegida-Demonstrationen waren antisemitische Chiffren zu hören. Darüber hinaus ließ sich auch offener Antisemitismus, regional und lokal unterschiedlich, vereinzelt oder gehäuft, bei »-gida«-Demonstrationen beobachten. Es gibt innerhalb der Bewegung Entwicklungen in Ausrichtung und Zusammensetzung der Teilnehmenden, die auf eine zunehmende Radikalisierung schließen lassen. Ressentiments wurden im Laufe der Zeit vonseiten der eingeladenen Redner*innen sowie der Demonstrant*innen immer offener und aggressiver vertreten. Welchen Einfluss Pegida und seine Ableger auf die politische Kultur und Stimmungen in der Bundesrepublik haben, lässt sich noch nicht abschließend einschätzen.

Für eine Verhärtung der bei Pegida vertretenen Positionen spielt auch die z. T. enge bzw. personenidentische Vernetzung der Akteur*innen mit anderen rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen eine wichtige Rolle. Dazu gehört vor allem die Vernetzung mit Akteur*innen der Montagsdemonstrationen und einschlägigen Medien wie Compact und der Internetplattform Politically Incorrectnews, zu denen sich auch Verbindungen mit neurechten Strömungen wie der Identitären Bewegung, Parteien wie der NPD sowie der AfD nachweisen lassen. Auch unter die Teilnehmenden der Demonstrationen haben sich zunehmend Mitglieder der verschiedenen rechten Szenen gemischt, sodass diese mit Blick auf den Antisemitismus einer besonderen Beobachtung bedürfen.

Doch nicht nur in explizit rechtspopulistischen Bewegungen sind antisemitische Tendenzen zu finden. Auch eine politisch heterogene, sich eher links verstehende Protestbewegung wie die Montagsmahnwachen bietet aufgrund ihrer Offenheit und fehlenden politisch-inhaltlichen Festlegung Raum für Themen, die mit der personifizierenden Kritik am Finanzkapitalismus, mit der Behauptung, die Bundesrepublik sei kein souveräner Staat, dem Vorwurf der manipulierten Massenmedien (»Lügenpresse«), Weltverschwörungstheorien usw. eine gefährliche



Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber

5. THEMENSCHWERPUNKT: Antisemitismus in politischen Bewegungen und Parteien

	Lehne völlig ab	Lehne überw. ab	teils/teils	Stimme überw. zu	Stimme voll zu
»Amerika bzw. das amerikanische Militär ist nichts als der Knüppel der FED (US-Notenbank)«	1,4	7,5	39,4	30,5	21,1
»Die BRD ist kein souveräner Staat«	5,1	9,5	20,0	24,4	37,1
»Die Zionisten haben sich weltweit an die Hebel der Macht gesetzt und lassen nun Politik, Börse und auch die Medien nach ihrer Pfeife tanzen«	37,5	15,5	19,7	14,0	13,3
»Friedensaktive werden derzeit von einer nahezu gleichgeschalteten Presse in die rechte Ecke gestellt«	3,0	0,7	7,4	37,1	51,8

Abbildung 4:
Zustimmung zu Aussagen aus dem Kontext der Mahnwachen (in %) (Priska Daphi/Dieter Rucht/Wolfgang Stuppert/ Simon Teune/ Peter Ullrich, Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer*innen der »Montagsmahnwachen für den Frieden«. Forschungsbericht, 16. Juli 2014, S. 22)

WIR! SIND
Aufruf zum friedlichen Widerstand
DAS VOLK
Für Frieden in Europa und der Welt!
Für Frieden mit Russland & gegen die
(Eine private Weltbank)
Todespolitik der Federal Reserve Bank!
Schluss mit Lügen!
Für eine ehrliche Presse!
Demokratie jetzt!
Immer Montags!
Immer 18Uhr!
Hamburg!
Jungfernstieg/ Reesendambrücke!

"Wir" sind einfache Bürger und keine Partei oder Organisation
"Wir" sind gegen jede Form von Gewalt und Aggression
"Wir" dulden keine Rechts- oder Linksextremisten
"Wir" stehen für jeden Einzelnen in diesem Land
"Wir" freuen uns auf zahlreiches Erscheinen

Abbildung 5: Werbeplakat Montagsmahnwache Hamburg

Nähe zu zentralen Topoi des Antisemitismus und zu rechtsextremen Deutungen aufweisen. So stimmten die Teilnehmenden einer frühen Montagsmahnwache in Berlin in einer Umfrage zwar klassischen antisemitischen und rechtsextremen Aussagen sehr selten zu, doch waren 27 Prozent davon überzeugt, dass die Zionisten die Finanzwirtschaft kontrollieren (siehe Abbildung 4).

Den etablierten Medien wurde vorgeworfen, die kriegerischen Absichten dieses weltumspannenden Systems des Finanzkapitalismus, das von einer kleinen Gruppe mächtiger Individuen beherrscht und gelenkt werde, und der westlichen Regierungen zu verschleiern. Gegen diese manipulativen etablierten Medien sollte mit den Montagsdemonstrationen und über das World Wide Web eine Gegenöffentlichkeit formiert werden (siehe Abbildung 5).

Eine inhaltliche Verbindung von Antisemitismus und Konspirationsvorstellungen findet sich auch bei den Reichsbürgern, die in den letzten Monaten in den Fokus der Öffentlichkeit geraten sind. Bei den Reichsbürgern handelt es sich um eine Sammelbezeichnung für Gruppen, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland bestreiten und vom Fortbestehen eines »Deutschen Reichs« ausgehen. Antisemitismus kommt im Agitationsarsenal nur eine untergeordnete Rolle zu, doch lassen sich immer wieder einschlägige Prägungen erkennen. Auch wenn die gemeinte Szene in sich zerstritten ist und eher als absonderlich gilt, finden deren Auffassungen insbesondere durch das Internet größere Verbreitung.

5.2

ANTISEMITISMUS UND MUSLIME

Prof. Dr. Beate Küpper
Aycan Demirel

Wenn über Antisemitismus unter Muslimen gesprochen wird, geht es in der Regel um Personen, die entweder selbst, oder deren Eltern oder Großeltern nach Deutschland eingewandert sind. Muslime in Deutschland sind daher nicht nur – mal mehr, mal weniger – durch ihre Religion, sondern auch durch ihr Herkunftsland und die Erfahrung der Einwanderung und als Migrant*innen geprägt. In der öffentlichen Debatte geht dies manchmal bunt durcheinander. Daher zunächst einige Fakten über die Personen, über die gemeinhin unter dem Label »Muslime« gesprochen wird und auch über jene, die dabei oft mitgemeint sind bzw. umgekehrt nicht angesprochen werden. Etwa 20 Prozent der deutschen Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Dabei lassen sich als wichtigste Herkunftsregionen die Türkei, Osteuropa bzw. die ehemalige Sowjetunion und Südeuropa ausmachen. 5-7 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen sind Muslime, die überwiegend aus muslimisch geprägten Ländern wie der Türkei, aber auch aus dem Iran, dem Nahen Osten, Nord-Afrika, Pakistan usw. eingewandert sind. Muslime in Deutschland sind im Vergleich zur übrigen Bevölkerung im Durchschnitt etwas religiöser und verstehen ihre Religion auch etwas dogmatischer, gleichzeitig ist die Gruppe aber sehr heterogen, sowohl was die religiöse Ausrichtung und Praxis als auch was das Herkunftsland betrifft. Wie Religion gelebt wird, hängt nicht zuletzt vom Herkunfts-kontext, also etwa der landesspezifischen Sozialisation, den konsumierten Medien etc. ab. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass weder Religion allein noch der Einwanderungshintergrund hinreichend Auskunft darüber geben können, welche Einstellungen Menschen vertreten, sondern dass auch immer der Herkunfts-kontext einbezogen werden muss (siehe Abbildung 6).



Aycan Demirel

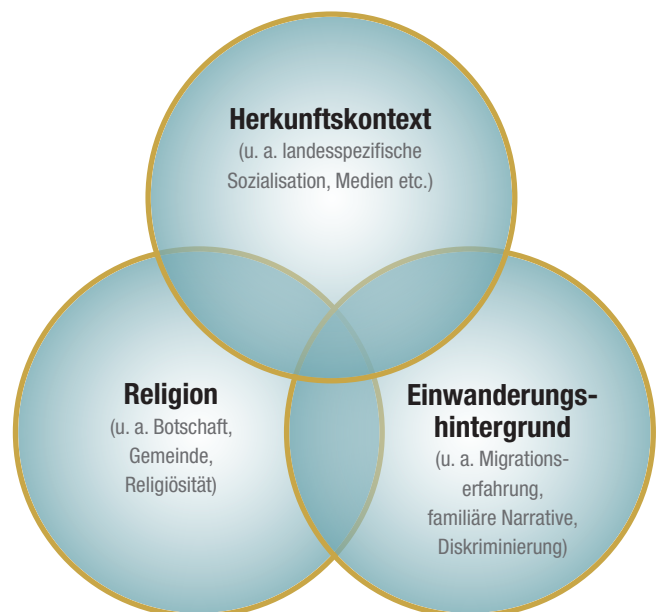


Abbildung 6: Zusammenwirken von Religion, Einwanderungshintergrund und Herkunfts-kontext in Bezug auf antisemitische Einstellungen unter Migrant*innen

6 Die Anti Defamation League (ADL) ist eine 1913 gegründete US-amerikanische Organisation, die sich gegen Antisemitismus einsetzt. Die hier als Quelle herangezogene ADL 100 Studie wurde 2014 publiziert. Sie fasst Ergebnisse aus Befragungen zu Einstellungen gegenüber Juden aus 100 Ländern zusammen, vgl. <http://global100.adl.org/> (eingesehen am 4. Oktober 2017).

5. THEMENSCHWERPUNKT: Antisemitismus und Muslime

Wird der Herkunftskontext einbezogen, zeigt sich, dass das Ausmaß von Antisemitismus in mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern generell hoch ist, zugleich aber von Land zu Land stark variiert. Eine Gleichsetzung muslimisch = antisemitisch lässt sich daraus also nicht so einfach ableiten. So neigen beispielsweise Befragte im christlich-orthodoxen Griechenland (67 Prozent) mehr noch als Befragte im muslimisch geprägten Iran zu antisemitischen Einstellungen (56 Prozent) (siehe Abbildungen 7 und 8).

In vielen Ländern der Sub-Sahara, die sowohl einen hohen christlichen als auch muslimischen Bevölkerungsanteil haben, ist Antisemitismus bei Christ*innen im Durchschnitt weiter verbreitet als bei Muslim*innen, aber auch hier gibt es Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Kamerun und Nigeria sind Beispiele für afrikanische Staaten, in denen Antisemitismus unter der christlichen Bevölkerung stärker präsent ist als unter der muslimischen, im Libanon ist Antisemitismus unter der muslimischen wie unter der christlichen Bevölkerung annähernd gleich stark verbreitet (siehe Abbildung 9). Festhalten lässt sich: Religion hat zwar einen gewissen Einfluss auf antisemitische Einstellungen, aber der Herkunftskontext, die damit einhergehenden politischen Machtverhältnisse und die politische und kulturelle Sozialisation in diesen Ländern sind mindestens ebenso bedeutend, eher sogar noch wichtiger.

Gleichwohl spielt Religion für Antisemitismus eine Rolle, und zwar sowohl bei Muslimen als auch bei Christen. Wie aktuelle Umfragen zeigen, neigen Muslim*innen in Deutschland, die aber eben zugleich auch ganz überwiegend einen Einwanderungshintergrund haben, tatsächlich vergleichsweise stärker zu Antisemitismus. Allerdings sind die Unterschiede zu Christen und Konfessionslosen absolut gesehen nicht sehr hoch und gelten auch nur für den traditionellen und den israelbezogenen Antisemitismus, nicht aber für den sekundären Antisemitismus, der mit der für den Antisemitismus so typischen Umkehr von Täter und Opfer mit Bezug zu Verfolgung und zur Shoah kommuniziert wird. Nationale wie internationale Studien bestätigen zudem immer wieder den Befund, dass weniger die Religion an sich als vielmehr religiöser Dogmatismus mit antisemitischen Einstellungen korreliert: Wer meint, die eigene Religion sei die einzig wahre, neigt eher zu antisemitischen (und im Übrigen auch eher zu rassistischen, sexistischen und homophoben) Einstellungen, egal welcher Religion er oder sie angehört.

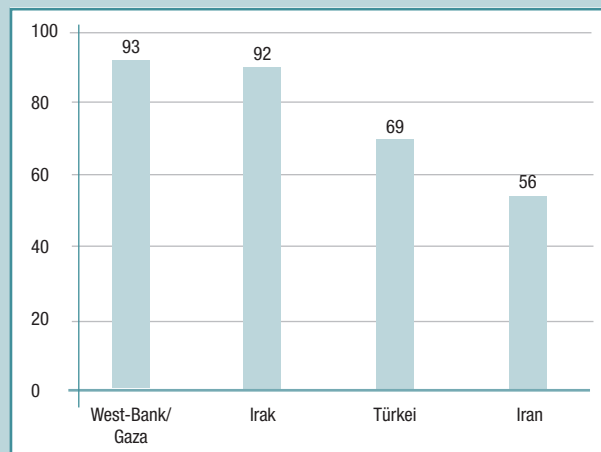


Abbildung 7:
Einflussfaktor Herkunftskontext – Antisemitismus weltweit:
West-Bank/Gaza, Irak, Türkei und Iran
(ADL-100 Studie⁶, 2014)

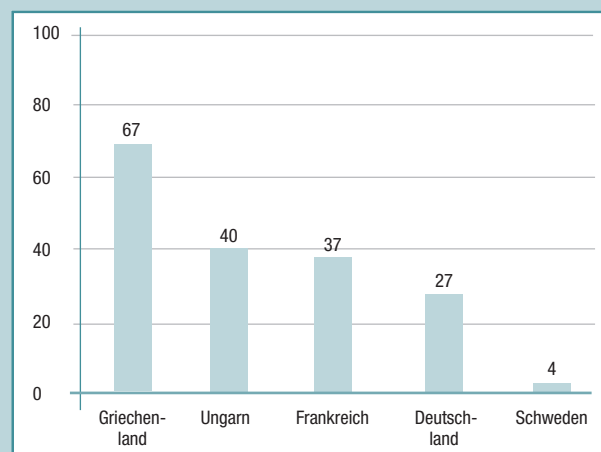


Abbildung 8:
Einflussfaktor Herkunftskontext – Antisemitismus weltweit:
Griechenland, Ungarn, Frankreich, Deutschland und Schweden
(ADL-100 Studie, 2014)

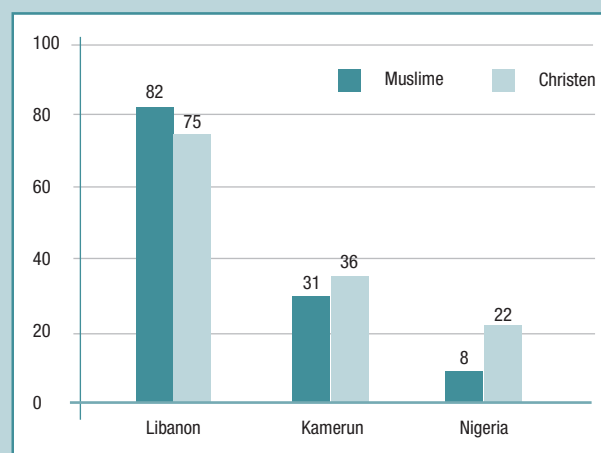


Abbildung 9:
Einflussfaktor Herkunftskontext – Antisemitismus weltweit:
Libanon, Kamerun und Nigeria
(ADL-100 Studie, 2014)

5. THEMENSCHWERPUNKT: Antisemitismus und Muslime

Dies spiegelt sich auch in der Wahrnehmung der hier lebenden Jüd*innen, die im Rahmen einer vom Expertenkreis in Auftrag gegebenen Studie abgefragt wurde, wider. Die Befragten äußerten die Angst vor gewalttätigen Übergriffen und verwiesen diesbezüglich insbesondere auf muslimische Täter*innen, während Antisemitismus im Alltag in Form von abfälligen Randbemerkungen, Verschwörungsmethoden, Alltagsdiskriminierungen usw. durchaus eher auch von nicht-muslimischen Täter*innen erfahren wird. Vorfälle dieser Art werden jedoch nur selten zur Anzeige gebracht.

Hier bietet sich Raum für verschiedene Formen der Intervention, wie etwa ein verstärktes Monitoring nicht nur von antisemitischen Straf- und Gewalttaten, sondern auch von Diskriminierung z. B. im Bildungs- und Gesundheitswesen. Von besonderer Bedeutung sind hier auch die Gründung von Anlaufstellen sowie Unterstützungs- und Beratungsangebote für Jüd*innen in Deutschland. Der vom Expertenkreis geforderte Antisemitismusbeauftragte an einer zentralen politischen Position wäre hierfür ein ganz wichtiges Signal an die jüdische Bevölkerung in Deutschland.

Auf der anderen Seite muss die kritische Frage gestellt werden, inwieweit das bisherige schulische und außerschulische Bildungsangebot in ausreichender Weise auch migrantisch-muslimische Jugendliche einbezieht und anspricht. Hier muss es u. a. um

familiäre und gruppenspezifische Narrative und Identitätsherkstellungen gehen, d. h. um die Frage, inwieweit und auf welche Art antisemitisch konnotierte Erzählungen von Generation zu Generation, von der einen zur anderen migrantischen Bevölkerungsgruppe und insbesondere über die Rezeption von muttersprachlichen Medien des Herkunftslandes weitergegeben und möglicherweise auch angeheizt werden und inwieweit dies zur Herstellung eigener Identitäten verwendet wird (verkürzt gesagt: Wer dazu gehören will, demonstriert dies durch Antisemitismus). Beispielhaft ist hier die von Mitgliedern des Expertenkreises durchgeführte Analyse des in der Türkei und über türkische Medien auch in Deutschland große Aufmerksamkeit erhaltenen Films *Üst Akıl* (Mastermind), der im scheinbaren Dokumentationsstil aus einer Aneinanderreihung antisemitischer Verschwörungstheorien, gestützt auf Redeauszüge des türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan, besteht.

Nicht zuletzt müssen auch die muslimischen Gemeinden in Deutschland in die Arbeit gegen Antisemitismus einbezogen werden. In einer ebenfalls vom Expertenkreis beauftragten Studie wurden Imame zu Antisemitismus in ihren Gemeinden befragt. Dabei zeigte sich, dass sich Imame häufig in einem Spannungsfeld zwischen den Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft und der Gemeindemitglieder bewegen und hier zu vermitteln versuchen. Dies gilt auch für Antisemitismus.



Prof. Dr. Beate Küpper

5. THEMENSCHWERPUNKT: Antisemitismus und Muslime



Imame müssen verstärkt in die Präventionsarbeit einbezogen und als Multiplikatoren wahrgenommen werden. Hier muss es dann zum einen um die Form der Religiosität und die Vermittlung von Religion gehen (was im Übrigen auch für christliche Gemeinden eine zentrale Aufgabe mit Blick auf den Antisemitismus in ihren Reihen sein muss!), zum anderen um die Narrative, die gestützt auf religiöse Verweise, aber auch auf Alltagsantisemitismus aus den Herkunftsländern in der Gemeinde im Umlauf sind (und auch hier muss die generative Weitergabe von Antisemitismus in christlichen Gemeinden ein wichtiges Thema sein!) (siehe Abbildung 10).

Wie eine weitere Studie zu muslimischen Projekten zur Prävention von Antisemitismus zeigt, gibt es durchaus Initiativen von Muslim*innen, die – oft ausgehend von eigenen Diskriminierungserfahrungen – interreligiöse und interkulturelle Begegnungs- und Dialogprojekte anbieten, um sich gegen Antisemitismus zu engagieren und dem häufig negativen Bild des Islam etwas entgegenzusetzen.

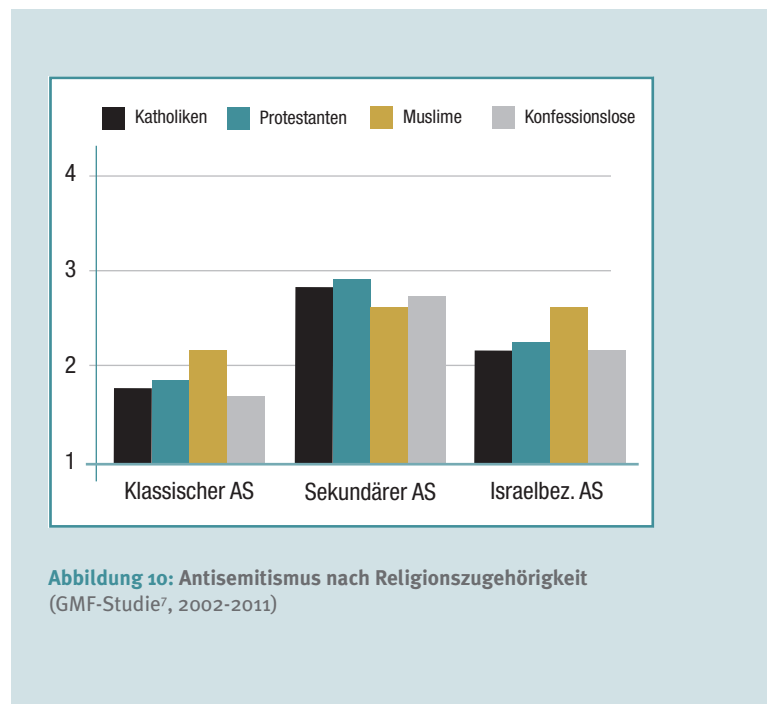


Abbildung 10: Antisemitismus nach Religionszugehörigkeit (GMF-Studie⁷, 2002-2011)

7 Zwischen 2002 und 2012 wurde an der Universität Bielefeld unter der Leitung von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer eine Langzeituntersuchung zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durchgeführt, in deren Rahmen Ausmaß und Entwicklung verschiedener menschenfeindlicher Einstellungen erhoben und analysiert wurden, vgl. <https://dbk.gesis.org/dbksearch/sdesc2.asp?no=5164&db=e&doi=10.4232/1.5164> (momentan nicht einsehbar).

5.3

ANTISEMITISMUS IN DEN MEDIEN

Dr. Juliane Wetzel

Die über das Internet verbreiteten antisemitischen Inhalte spiegeln in der Gesellschaft vorhandene Einstellungen wider. Das Netz dient nur als Medium, gewissermaßen als Plattform der schnellen Verbreitung mit großer Reichweite. Zudem bietet das Internet Möglichkeiten, sich – zumeist emotional hoch aufgeladen – Gleichgesinnten anzuschließen bzw. sie um sich zu scharen, was letztlich eine Spirale auslöst und dazu führt, dass die Postings sich immer weiter radikalieren. Wer Antisemitismus ausleben möchte, kann dies in sozialen Netzwerken hemmungslos und überdies weitgehend unreguliert tun. Das Netz kennt keine Ländergrenzen, und die Möglichkeiten gesetzlicher und gesellschaftlicher Sanktionierung sind äußerst beschränkt.

Wer sich etwa über die Sozialen Medien zum Nahostkonflikt informieren möchte, gerät nur allzu leicht in den Strudel eines propagandistisch aufgeladenen Ambientes, in dem Israel als »Terrorstaat« bezeichnet wird, der beherrscht sei von einem »Apartheid-Regime« und dessen Einwohner »Kindermörder« seien. Diese Zuschreibungen vermischen sich nicht selten mit sekundärem Antisemitismus und einer Täter-Opfer-Umkehr. Gleiches gilt für Verschwörungstheorien, deren antisemitischer Gehalt häufig erst auf den zweiten Blick erkennbar ist. Heute dient nahezu jedes schwer fassbare Ereignis als Trigger zur Bildung von Mythen und Gerüchten, aus denen sich rasch in der Welt der ungehinderten Datenflut des Internet Verschwörungsfantasien entwickeln können.

Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter, Videoplattformen wie YouTube oder Blogs und Diskussionsforen bieten vielfältige Möglichkeiten, Halbwahrheiten, Legenden oder Gerüchte zu verbreiten und in einer Art Zirkelschluss zu Tatsachen zu stilisieren, die insbesondere von unerfahrenen jungen Menschen rezipiert werden. Den Nutzern fehlt oft das entsprechende Hintergrundwissen, um die heute aktuellen Formen des Antisemitismus erkennen und ihnen entgegentreten zu können.

Die Betreiber der Netzwerke gehen mit antisemitischen Inhalten auf ihren Plattformen unterschiedlich um. Dies liegt zum einen am herkunftsbedingten Verständnis von Meinungsfreiheit, zum anderen obliegt die Beurteilung von kritischen Inhalten immer den Mitarbeiter*innen der jeweiligen Plattform – den sogenannten Content-Moderatoren –, die darüber entscheiden, ob Inhalte entfernt werden oder nicht. So stellt sich gerade im Bereich des israelbezogenen Antisemitismus das Problem der Grauzonen, d. h. wer sagt was, mit welcher Absicht und vor welchem Hintergrund und wie ist dies dann letztlich zu bewerten. Die Betreiber der sozialen Netzwerke tun sich etwa bei der Löschung von Inhalten schwer, die das Existenzrecht Israels bestreiten. Dies ist an sich nicht strafrelevant. Allerdings wird das Existenzrecht nur dieses einen Staates infrage gestellt, müsste insofern also hinsichtlich einer möglichen antisemitischen Konnotation hinterfragt werden. Dies überfordert allerdings jene, die gehalten sind, Postings zu prüfen.

Auch Holocaust leugnende Inhalte wurden und werden unterschiedlich behandelt. Auf Plattformen aus Deutschland müssen entsprechende Inhalte aus rechtlichen Gründen gelöscht werden. Insgesamt hält sich die Zahl der tatsächlich nicht mehr zugänglichen Mitteilungen aber in Grenzen. Facebook etwa blockiert solche Aussagen nur in Deutschland, Israel, Frankreich und Österreich; gelöscht werden sie allerdings nicht.

Die hasserfüllten Auswüchse der Beschneidungsdebatte 2012, die vor allem im Internet virulent waren, sich aber auch in online-Kommentaren seriöser Zeitungen manifestierten, haben einmal mehr gezeigt, dass es nur eines Trigger-Ereignisses bedarf, um latent vorhandene antisemitische Stimmungen emotional aufzuladen und ungefiltert an die Oberfläche zu spülen. Postings, die vordergründig auf Argumente der Menschen- und Kinderrechte abhoben, qualifizierten die Beschneidung als archaisches Ritual überkommener religiöser Vorstellungen ab und bedienten sich z.T. diskriminierender antijüdischer Inhalte. Auch wenn es sich ursprünglich um den Fall eines muslimischen Jungen handelte, standen die jüdischen Riten bald wesentlich stärker im Fokus der Debatte.

5. THEMENSCHWERPUNKT: Antisemitismus in den Medien

Mehrere Studien, darunter jene der Fundamental Rights Agency des Jahres 2013 sowie die des American Jewish Joint Distribution Committee unter »European Jewish Leaders and Opinion Formers«, die bisher dreimal (2008, 2011 und 2015) in 32 europäischen Ländern durchgeführt wurde, zeigten, dass Jüd*innen antisemitische Hassbotschaften (»Hate Speech«) im Internet als größtes Problem wahrnehmen (FRA durchschnittlich 75 Prozent Zustimmung), gefolgt von Antisemitismus in den Medien (FRA: 59 Prozent). In der Umfrage des American Jewish Joint Distribution Committees des Jahres 2015 gaben 75 Prozent der Befragten an, einen starken Anstieg antisemitischer Äußerungen im Internet zu beobachten (24 Prozent registrierten einen starken Anstieg in den Medien).

In der vom Expertenkreis in Auftrag gegebenen Studie »Antisemitismus aus jüdischer Perspektive. Studie über die Wahrnehmungen, Erfahrungen und Einschätzungen von Jüdinnen und Juden in Deutschland« aus dem Frühjahr 2016 bestätigen sich diese Ergebnisse: 87 Prozent der Befragten schätzen Antisemitismus im Internet als »eher großes« bzw. »sehr großes Problem« ein. Fast genauso viele (84 Prozent) sehen die verzerrte Darstellung von Israel in den Medien als ein »eher großes« oder »sehr großes Problem« an.

Die Befragten wurden nach den Lebensbereichen gefragt, in denen sie in den letzten zwölf Monaten Antisemitismus erlebt haben, unabhängig davon, ob sich der Antisemitismus gegen sie selbst gerichtet hat oder sie davon erfahren haben. Das Internet und die sozialen Netzwerke wurden hier am häufigsten genannt (90 Prozent). 78 Prozent aller Befragten hat in diesem Zeitraum Antisemitismus in den Medien wahrgenommen. In der begleitenden qualitativen Befragung zeigte sich, dass Facebook für einige »der Brennpunkt des Antisemitismus in Deutschland« zu sein scheint.

Die Wahrnehmung entspricht der tatsächlichen Entwicklung. Seit dem Bericht des ersten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus hat der Anteil antisemitischer Hassbotschaften in erschreckendem Maße zugenommen. Grenzen des Sagbaren, die auch im öffentlichen Diskurs aufzuweichen drohen, sind im Netz längst gefallen. Dies spiegelt sich in der Zuwachsrate der im Internet begangenen Straftaten wider: Von 2014 auf 2015 nahmen sie im Fall von »Volksverhetzung« bzw. »Gewaltdarstellung« um 353,5 Prozent (gegenüber 130 Prozent außerhalb des Internets) und im Fall der »Verbreitung von Propagandamitteln« bzw. der »Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen« um 64,7 Prozent (gegenüber 19,8 Prozent außerhalb des Internets) zu.



Dr. Juliane Wetzel

Bei den Betreibern von Facebook oder YouTube, aber auch in den online-Redaktionen vieler Zeitungen ist seit Vorlage des ersten Berichts zum Antisemitismus 2011 eine gewisse Sensibilisierung zu erkennen. Inzwischen beginnen diese Medien, verantwortlicher zu handeln. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass sie immer wieder die Möglichkeit verwehren, Kommentare zu eingestellten Filmen oder Beiträgen abzugeben.

Außerdem hat sich auf Initiative des Bundesministers der Justiz, Heiko Maas, eine Task Force gegründet, der Vertreter*innen der Sozialen Medien sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen angehören. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die über die Sozialen Medien transportierten Hassbotschaften nicht effektiv genug bekämpft werden. Justizminister Maas drohte härtere Auflagen für die Unternehmen an, wenn sich deren Praxis nicht verbessere. In Bezug auf die Strafverfolgung ergibt sich jedoch die Schwierigkeit, dass das Internet ein globales Medium ist, problematische Inhalte über ausländische Provider gehostet werden und sich die Betreiber so deutschen Strafverfolgungsbehörden entziehen. Die Verfolgung antisemitischer Hasskriminalität in den Sozialen Medien und im Web 2.0 lässt sich daher nicht auf Deutschland beschränken, gehört aber zu den vordringlichsten Aufgaben bei der Bekämpfung des Antisemitismus.

5.4

PRÄVENTION UND INTERVENTION

Marina Chernivsky

Antisemitische Vorfälle – vor allem an deutschen Schulen – erreichen offensichtlich eine neue Qualität. Verbale Aggressionen vermischen sich immer mehr mit offener Gewalt und Verletzung psychischer und körperlicher Integrität der von Antisemitismus Betroffenen. Der Übergriff auf einen 14-jährigen jüdischen Jugendlichen an einer Gemeinschaftsschule im Berliner Stadtteil Friedenau zeugt von dieser Entwicklung. Nicht nur in diesem Fall, der im Gegensatz zu vielen anderen eine anhaltende mediale Aufmerksamkeit erfuhr, sondern auch bei anderen ähnlichen Vorkommnissen treten im Hinblick auf Antisemitismus symptomatische Muster auf. Besonders auffällig sind Verharmlosungstendenzen sowie die Einfühlungsverweigerung gegenüber den Betroffenen.

Die historische und familiäre Tradierung von Antisemitismus schafft in Deutschland einen besonderen Kontext und stellt die pädagogische Arbeit vor die Herausforderung, eine kritische Reflexion dort anzuregen, wo sonst die Abwehr überwiegt. Nicht nur für Jugendliche, sondern auch für Fach- und Lehrkräfte ist oft nicht nachvollziehbar, warum sie sich mit dem Thema beschäftigen sollen. Antisemitismus wird mehrheitlich als historisch überwunden betrachtet, als Bestandteil von Rassismus, als etwas, mit dem die deutsche Mehrheitsgesellschaft gegenwärtig nichts zu tun hat. Viele Fachkräfte sehen sich selbst als nichtantisemitisch, sind jedoch nicht frei von antisemitischen Ressentiments und tragen – wenn auch ungewollt – zu ihrem Fortbestehen bei.

Für das nichtjüdische Umfeld ist Antisemitismus nicht immer leicht zu erkennen und im alltäglichen Leben auch kaum relevant. Für die jüdische Bevölkerung ist Antisemitismus jedoch alltagsprägend. Allerdings gibt es erstaunlich wenig Kenntnis darüber, wie jüdische Menschen Antisemitismus wahrnehmen, verstehen und bewältigen. Selbst in pädagogischen Zusammenhängen wird selten danach gefragt, was Antisemitismus für die Betroffenen bedeutet. Und wenn danach gefragt wird, wird oft unterstellt, die Lage werde übertrieben dargestellt.

Der Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus sollte einen möglichst weitreichenden Überblick über solche und ähnliche Wahrnehmungen geben und zeigen, mit welchen Herausforderungen die unterschiedlichen Akteur*innen, Institutionen und Organisationen konfrontiert werden und welche Fort-, Weiter- und Ausbildungsmaßnahmen existieren bzw. noch erforderlich sind. Vor diesem Hintergrund hat sich innerhalb des Expertenkreises eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich gezielt mit der systematischen Einordnung von Bildungs- und Präventionsansätzen auseinandersetzen sowie Herausforderungen und Rahmenbedingungen ausloten sollte. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, wurden Bestandsaufnahmen vorgenommen, Erhebungen durchgeführt, externe Expertisen herangezogen und ausgewählte Institutionen mit bundesweitem Aktionsradius befragt. Unter Antisemitismusprävention verstand der Expertenkreis dabei in erster Linie: (a) eine Sensibilisierung für gegenwärtige Formen des Antisemitismus, (b) die Qualifizierung im Sinne der Befähigung zum kompetenten Umgang mit Antisemitismus und (c) die Implementierung von Prävention in pädagogischen Einrichtungen bzw. Regelstrukturen.

Es wurde eine externe Expertise in Auftrag gegeben, um ausgewählte Bildungsprojekte im Feld der Antisemitismusprävention zu evaluieren. Ziel der Evaluation war die Identifizierung von konkreten »best practice« Ansätzen in der Präventionsarbeit gegen Antisemitismus im Rahmen historischer und politischer Bildungsarbeit. Zwischen Frühjahr und Herbst 2016 konnten sechs Projekte (aus den Bereichen Schule, Sport, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung) befragt und evaluiert werden.

Zwei relevante Befunde ergaben sich schon während der Projektrecherche: (1) Außerhalb spezieller öffentlicher Förderprogramme – beispielsweise »Demokratie leben!« – konnten kaum Projekte identifiziert werden, die sich gezielt mit aktuellem Antisemitismus auseinandersetzen, und (2) bei den Projektdurchführenden und -trägern (mit Ausnahme des Bereichs Sport) bestanden deutliche Bedenken, sich evaluieren zu lassen. Bundesweit werden jährlich Hunderte von Projekten und Programmen umgesetzt, die sich als Prävention gegen Antisemitis-



Marina Chernivsky

mus definieren. Die Ausrichtung dieser Projekte entspricht zum Teil dem ganzheitlichen Präventionsverständnis (Sensibilisierung, Befähigung, Implementierung), aber es sind bisher eher wenige Projekte, die im Bereich der Erwachsenenbildung auf allen drei Ebenen agieren. Grundsätzlich fehlt es am Bewusstsein für die Relevanz sowie die Einsicht in die Wirkung des Antisemitismus. Das betrifft Schule, Erwachsenenbildung, Jugendsozialarbeit, Wohlfahrt, Fach- und Hochschulen. Es mangelt zudem an der Grundlagenforschung und an einem regelmäßigen Monitoring antisemitischer Einstellungen. Der Antisemitismus aus der Sicht der Betroffenen ist ebenfalls selten Gegenstand der Forschung und Prävention. Kritisch formuliert: Deutschland leistet es sich, nicht genauer wissen zu wollen, wie antisemitisch die Gesellschaft eigentlich ist. Der Mangel an umfassender Prävention – außerhalb der genannten Förderprogramme – hängt eng damit zusammen.

Empfehlungen des Expertenkreises, die sich aus der Evaluation für die Präventionsarbeit ergeben, sind exemplarisch folgende:

■ 1. Prävention ganzheitlich, als Kombination von Bildung und Beratung, Intervention und Opferschutz, betrachten

In der pädagogischen Praxis mit Jugendlichen sind beispielsweise die Schnittstellen zwischen Prävention und Intervention fließend, insbesondere im Kontext von Schule und Jugendsozialarbeit. Die pädagogische Bearbeitung von konkreten Vorfällen bedarf zum Beispiel einer Kombination von situationsabhängigen Präventionsangeboten, Beratung von Betroffenen, Elterngesprächen oder auch strafrechtlichen Interventionen. Hier sind bspw. die Aneignung spezifischer Kompetenzen, Erschließung interdisziplinärer Bündnisse und Kooperationen (bspw. mit Opferberatungsstellen) wie auch die Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz ein wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit.

■ 2. Prävention auch im Bereich der Erwachsenenbildung ansiedeln

Prävention soll sich nicht nur an Jugendliche richten, sondern an diejenigen, die für die Sozialisation von Heranwachsenden verantwortlich sind. Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Relevanz von Antisemitismus sollen die Maßnahmen der Erwachsenenbildung nicht »nur« Lehrkräfte erreichen, sondern auch jene Berufsgruppen ansprechen, die mit der Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten befasst sind, wie die Polizei oder Angehörige der Justiz (Richter*innen, Strafzugsbeamte etc.). Auch weitere Akteur*innen aus Politik und Verwaltung sind wichtige Zielgruppen präventiver Angebote.

■ 3. Praxisbegleitende Supervisionen und Beratungen

Neben dem dringenden Bedarf an institutionell verankerten Fort- und Weiterbildungen pädagogischer Fachkräfte sind weitere Formate wie die praxisbegleitende Supervision- und Beratung unerlässlich und dringend erforderlich.

■ 4. Selbstreflexion der pädagogisch Verantwortlichen

Die Reflexion der pädagogisch Verantwortlichen über ihre eigenen Haltungen und Positionen zum Antisemitismus ist dabei genauso zentral wie die Auseinandersetzung mit Haltungen und Positionen ihrer Schüler. Berücksichtigt werden müssen dabei auch die Beständigkeit antisemitischer Auffassungen, die Zunahme antisemitisch motivierter Gewalt (vor allem in der Schule und in den Sozialen Medien) sowie die Perspektiven der Betroffenen und die Wirklichkeit der Migrationsgesellschaft mit ihren heterogenen Voraussetzungen.

Bezogen auf diese und andere Empfehlungen (die komplette Auflistung der Empfehlungen ist dem Bericht zu entnehmen) ist die nachhaltige Förderung fester, langfristiger Kooperationen zwischen Regelinstitutionen (wie z. B. Schulen oder Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und Trägern der Antisemitismusprävention) sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gelungene Prävention. Auch deshalb fordert der Expertenkreis die Politik dazu auf, Verlässlichkeit und Planungssicherheit für bürgerschaftliche Akteur*innen zu schaffen und eine dauerhafte Förderung von Trägern der Antisemitismusprävention zu gewährleisten. Vor allem aber bedarf es bei Konzeption und Gestaltung der Präventionsarbeit der Sichtbarmachung jüdischer Perspektiven, die bisher nur selten vorkamen oder als nicht wichtig erachtet wurden.

6. ZENTRALE FORDERUNGEN

Eine der wichtigsten Aufgaben des Unabhängigen Expertenkreises war es, Forderungen zu formulieren, die gezielt Entscheidungsträger benennen, die für ihre Umsetzung notwendig bzw. zuständig und verantwortlich sind (Ministerien, Einrichtungen des Bundes oder der Länder, zivilgesellschaftliche Organisationen etc.). Insgesamt haben sich aus der Arbeit des Expertenkreises fünf Forderungen ergeben, die im Rahmen der Tagung noch einmal vorgestellt und in verschiedenen Zusammenhängen diskutiert wurden.



■ 1. Berufung einer/s Antisemitismusbeauftragten und Verstetigung eines unabhängigen Expertenkreises

Der vorliegende Bericht des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus zeigt, dass die Bekämpfung des Antisemitismus eine dauerhafte Aufgabe für Politik und Gesellschaft ist und bleibt. Deshalb fordert der Expertenkreis die Berufung einer/s Antisemitismusbeauftragten. Diese/r soll im Bundeskanzleramt angesiedelt werden und als Teil der Verwaltung die Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung und -prävention ressortübergreifend koordinieren. Der Expertenkreis empfiehlt eine Berufung auf vier Jahre aus wechselnden Ressorts, querliegend zur Legislaturperiode.

Die/Der Antisemitismusbeauftragte wird von einem unabhängigen Kreis beraten, der im Benehmen mit der/dem Beauftragten von der Bundesregierung berufen wird und sich aus jüdischen und nichtjüdischen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Bildungspraxis und Zivilgesellschaft zusammensetzt. Dieser legt in regelmäßigen Abständen (Fortschritts-)Berichte vor, die neben einer Zustandsbeschreibung auch den Stand der Umsetzung der Forderungen und Handlungsempfehlungen des Expertenkreises beinhalten. Zu den Berichten finden regelmäßig parlamentarische Anhörungen statt.

■ 2. Konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer Straftaten

Der Expertenkreis fordert, die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, jüdischen Organisationen und Sicherheitsbehörden bei der Erfassung antisemitischer Straftaten zu verbessern. Die Schaffung entsprechender Strukturen soll den Betroffenen das Anzeigen antisemitischer Straftaten erleichtern und damit Dunkelziffern reduzieren. Basis für die Beurteilung antisemitischer Taten soll ein einheitlicher Kriterienkatalog sein, in Anlehnung und kritischer Weiterentwicklung der sogenannten Working Definition zum Antisemitismus. Antisemitische Straftaten sollen im Verfassungsschutzbericht wieder explizit ausgewiesen werden. Die erhobenen Daten sollen in einer einheitlichen, bundesweiten Datenbank regelmäßig veröffentlicht werden. Bei der Strafverfolgung fordert der Expertenkreis eine entschiedener Berücksichtigung antisemitisch motivierter Straftatbestände durch die Justiz. Darüber hinaus fordert der Expertenkreis die dauerhafte und strukturelle Schaffung von Beratungs- und Empowerment-Strukturen für von Antisemitismus Betroffene.

■ 3. Dauerhafte Förderung von Trägern der Antisemitismusprävention

Der zweite Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus wiederholt die Forderung aus dem ersten Bericht, die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Trägern in der Antisemitismusprävention zu verstetigen. Damit greift der Expertenkreis eine Forderung des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages vom August 2013 auf, der sich »mit Nachdruck« für eine »Neuordnung der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus« ausspricht. Der Expertenkreis fordert die Politik auf, Verlässlichkeit und Planungssicherheit für bürgerschaftliche Akteure zu garantieren. Damit verbunden ist die Schaffung von Strukturen, um Wissen und Erfahrungen, die in Modellvorhaben gesammelt werden, in die Regelstrukturen zu überführen (v. a. Schule).

■ 4. Schaffung einer ständigen Bund-Länder-Kommission

Zahlreiche der in diesem Bericht beschriebenen Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung und -prävention fallen in die Zuständigkeit der Länder. Der Bund hat in diesem Zusammenhang meist nur eine »Anregungsfunktion« (siehe Kinder- und Jugendhilfegesetz SGB VIII). Um die Abstimmung länderspezifischer Maßnahmen, v. a. im Bereich Schule, Jugendhilfe, Justiz und Polizei, zu verbessern, fordert der Expertenkreis die Schaffung einer ständigen Bund-Länder-Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der für die o. g. Bereiche zuständigen Stellen. Außerdem fordert der Expertenkreis die Bundesländer auf, eigenständige Maßnahmen zur Antisemitismusbekämpfung in den Landesprogrammen zur Extremismusprävention zu verankern und über diese in Austausch zu treten.

■ 5. Langfristig angelegte Forschungsförderung zum Antisemitismus

Der Expertenkreis fordert mehr Forschungsvorhaben, die sich gezielt sowohl mit den historischen Entwicklungen als auch den gegenwartsbezogenen Formen des Antisemitismus befassen und die sowohl die Perspektive der nichtjüdischen wie auch der jüdischen Bevölkerung berücksichtigen. Diese sollten interdisziplinär und sowohl quantitativ als auch qualitativ angelegt werden. Außerdem sollen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden für eine stärkere praxisbezogene Antisemitismusforschung, jenseits der Evaluation von Bundesprogrammen. Damit einher geht die Forderung der Schaffung eines institutionalisierten Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis.

Neben den fünf zentralen Forderungen hat der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus noch einen Zusatz formuliert, der auf die Verknüpfungen zwischen verschiedenen Vorurteilen und Formen der Ausgrenzung hinweist und hervorhebt, dass hier Überschneidungen zu antisemitischen Haltungen sichtbar werden, die thematisiert werden müssen, um sinnvoll Präventionsarbeit gegen Antisemitismus leisten zu können:

Im Übrigen empfiehlt der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus, Berichte durch weitere Expertenkreise erstellen zu lassen, die antimuslimische und andere Vorurteile und Ausgrenzungen beschreiben und analysieren, da es sich hierbei nicht nur um ähnliche Phänomene handelt, sondern auch Schnittmengen zu antisemitischen Haltungen sichtbar werden, die für die im Bericht vorgeschlagenen präventiven Strategien von grundlegender Bedeutung sind.



7. PODIUMSDISKUSSION

Die im Bericht formulierten zentralen Forderungen bilden das Herzstück der Arbeit des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Diese Forderungen wurden im Rahmen der Tagung nicht nur vorgestellt, sondern mit Fachleuten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutiert. Eine Podiumsdiskussion sollte die verschiedenen Perspektiven verdeutlichen und die Bedeutung der Forderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen unterstreichen. Es diskutierten Volker Beck, Prof. Dr. Andreas Nachama, Katharina von Schnurbein und Dr. Yasemin Shooman.



Podium v.l.: Moderatorin Miriam Janke, Katharina von Schnurbein, Dr. Yasemin Shooman, Prof. Dr. Andreas Nachama und Volker Beck

Zu Beginn der Diskussion wird Frau von Schnurbein gebeten, ihre Rolle und ihre Einflussmöglichkeiten als Koordinatorin zur Bekämpfung von Antisemitismus in der Europäischen Kommission zu beschreiben. Sie erklärt, dass die Position einer Koordinatorin zur Bekämpfung von Antisemitismus vor zwei Jahren, gleichzeitig mit der Stelle eines Koordinators zur Bekämpfung von Islamophobie, als Reaktion auf die Welle von antisemitischen und antimuslimischen Vorfällen ins Leben gerufen wurde. Ihr Auftrag ist zunächst, sich ein Bild der Situation der von Antisemitismus Betroffenen zu machen. Dies erreicht sie durch Treffen mit Vertreter*innen der jüdischen Gemeinden und Akteur*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich gegen Antisemitismus engagieren. Ihre Erfahrungen vor Ort und die Perspektiven der Betroffenen berichtet sie direkt an Frans Timmermans, den Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission. Katharina von Schnurbein möchte Ansprechpartnerin sein und zuhören, um Politik machen zu können, die gebraucht wird. Sie berichtet in diesem Zusammenhang über einen »Code of Conduct«, den sie mit Internetfirmen erarbeitet hat und der die schnellere Löschung antisemitischer »Hate Speech« in den verschiedenen Social Media Plattformen ermöglichen soll. Ihre Aufgabe sieht Frau von Schnurbein in einer Mittlerinnen-Funktion zwischen den Entscheidungen, die auf EU-Ebene getroffen werden, und den Bedürfnissen der jüdischen Bürger*innen, für die sie direkte Ansprechpartnerin sein möchte.

Volker Beck bringt in seinem Eingangsstatement seine Enttäuschung und seinen Ärger darüber zum Ausdruck, dass die Forderungen des ersten Antisemitismus-Berichts von 2011 kaum Beachtung, geschweige denn Umsetzung fanden. Er verweist auf wiederholt von ihm eingereichte Nachfragen, an denen sich zeigte, dass politisch kaum Veränderungen eingeleitet wurden. Hier stellt sich für ihn die Frage, warum ein Gremium wie der Unabhängige Expertenkreis überhaupt eingerichtet wird, wenn ohnehin kein politischer Wille besteht, dessen Forderungen umzusetzen. Volker Beck hält es daher für absolut notwendig, eine Instanz wie den vom Expertenkreis geforderten nationalen

Volker Beck

MdB Bündnis 90/Die Grünen

Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Germanistik. 1994-2017 Bundestagsabgeordneter. 1994-2002 rechtspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. 1998-2002 Politischer Koordinator des Arbeitskreises Innen, Recht, Frauen und Jugend im Fraktionsvorstand. 2002-2013 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion. 2005-2013 menschenrechtspolitischer Sprecher. Seit 2013 religionspolitischer und seit 2016 migrationspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen. Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe seit 2014. Volker Becks politische Wurzeln liegen in der Friedensbewegung und im Einsatz für die Rechte gesellschaftlicher Minderheiten.

Prof. Dr. Andreas Nachama

Historiker und Publizist. Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Germanistik. 1994-2017 Bundestagsabgeordneter. 1994-2002 rechtspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. 1998-2002 Politischer Koordinator des Arbeitskreises Innen, Recht, Frauen und Jugend im Fraktionsvorstand. 2002-2013 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion. 2005-2013 menschenrechtspolitischer Sprecher. Seit 2013 religionspolitischer und seit 2016 migrationspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen. Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe seit 2014. Volker Becks politische Wurzeln liegen in der Friedensbewegung und im Einsatz für die Rechte gesellschaftlicher Minderheiten.



7. PODIUMSDISKUSSION

Antisemitismusbeauftragten einzusetzen, der die Forderungen und ihre Umsetzung im Blick hat und Ansprechpartner für Antisemitismusfragen ist.

Aus Sicht der Topographie des Terrors, so Prof. Dr. Andreas Nachama, befinden sich pädagogische Aufträge ständig im Wandel: Während es vor einigen Jahren vor allem darum ging, Jugendliche als Zielgruppe zu erreichen, sind heute verstärkt Programme der Erwachsenenbildung z. B. für Landtagsabgeordnete gefragt – nicht zuletzt als Reaktion auf die Wahlerfolge der AfD. Andreas Nachama verweist auf die Forderungen des ersten Expertenberichts, die für die pädagogische Arbeit bereits viel Gutes enthielten. Sowohl als Leiter der Topographie des Terrors als auch als jüdisches Mitglied des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus betont Nachama die Notwendigkeit der Forderung, einen Antisemitismusbeauftragten einzusetzen. Dieser kann dann zum einen als Anlaufstelle für Jüd*innen fungieren, gleichzeitig aber auch Ansprechpartner sein für Initiativen auf Bund- und Länderebene, die sich gegen Antisemitismus einsetzen, und darüber hinaus die Bemühungen zur Umsetzung der weiteren Forderungen des Expertenkreises koordinieren. Antisemitismus wirkt auf allen Ebenen und umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Daher müssen politische Strukturen geschaffen werden, die dem beständig begegnen.

Dr. Yasemin Shooman erklärt, dass für sie als Initiatorin und Koordinatorin von Dialogprojekten die vom Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus in Auftrag gegebene Imam-Studie von besonderem Interesse ist. Im Zuge des Diskurses um die antisemitischen Übergriffe auf einen jüdischen Schüler durch muslimische Mitschüler an einer Schule in Friedenau erwähnt sie als Positivbeispiel den Artikel eines Mitarbeiters der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.), der in der Jüdischen Allgemeinen veröffentlicht wurde⁸. In diesem Artikel werden die Antisemitismus-Probleme von Teilen der muslimischen Communities benannt, aber auch das neue Engagement dagegen gezeigt. Dieses sei getragen von muslimischen und nicht-muslimischen, von säkularen und religiösen Friedenauern, und auch Imame im Bezirk haben sich gegen den Vorfall positioniert. Dies sei ein Beispiel für gesellschaftliches Zusammenwirken mit Einfluss.

Frau Shoomans Abteilung im Jüdischen Museum ist genau an diesem Zusammenwirken interessiert: Es gilt, nicht nur über Antisemitismus zu reden, sondern aktiv »Coalition Building« zu betreiben. Dafür werden geschützte und, wenn nötig, exklusive Räume unter Ausschluss der Mehrheitsgesellschaft angeboten. Aus ihrer Erfahrung im jüdisch-muslimischen Dialog ist es dabei hilfreich, den Nahostkonflikt zunächst auszuklammern, um einen Weg für gemeinsame Reflexionen über Ressentiments sowie Selbst- und Fremdbilder zu bahnen.

In der anschließenden Fragerunde wird vor allem die praktische Umsetzung von Maßnahmen gegen Antisemitismus thematisiert. Wie könnte z. B. ein »Coalition Building« aussehen und wie lässt sich mit antisemitischen Reaktionen etwa bei einem Besuch migran-tischer Gruppen im Jüdischen Museum umgehen. Hier wird als Strategie insbesondere der Einsatz von Guides genannt, die selbst einer Minderheit angehören und so als Identifikationspersonen dienen können. Auch der Umgang mit »Hate Speech« im Internet wird in der Fragerunde angesprochen. Hier verweist das Podium darauf, dass alles, was in der realen Welt strafrechtliche Relevanz hat, auch in der digitalen Welt geahndet werden muss und das Internet kein rechtsfreier Raum sein darf. Gefordert werden insgesamt schnelle und vor allem verbindliche Zusagen zur Umsetzung der Forderungen des Expertenkreises, die auch nach der Bundestagswahl im Herbst 2017 Gültigkeit haben.

Katharina von Schnurbein

Master-Studium »European Politics, Law and Economy« (Bonn) sowie Master in »Slavonic Studies« (Oxford). Seit 2002 in verschiedenen Positionen in der Europäischen Kommission tätig. Von 2010 bis 2014 im Beraterstab des Präsidenten der Europäischen Kommission. Seit 2012 Beraterin für den Dialog der Kirchen, Religion sowie der philosophischen und nicht-konfessionellen Organisationen. Seit 2015 Koordinatorin zur Bekämpfung von Antisemitismus der Europäischen Kommission.

Dr. Yasemin Shooman

Nach einem Studium der Neueren Geschichte und Neuren Deutschen Philologie hat sie 2013 am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin promoviert, für das sie zuvor in verschiedenen Funktionen tätig war, u. a. als Mitarbeiterin im Forschungsprojekt »Der Ort des Terrors – Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager«. Sie leitet die Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin und verantwortet dabei die Programme Migration und Diversität sowie das Jüdisch-Islamische Forum. U. a. ist sie Mitglied im Historischen Beirat des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und im Rat für Migration.



⁸ »Friedenau: Wir müssen handeln« von Dervis Hizarci, 6. April 2017, Jüdische Allgemeine, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/28253> (eingesehen am 4. August 2017).

Die Ergebnisse des Berichts des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus wurden im Rahmen der Tagung noch einmal eingehend vorgestellt. Dazu wurden sechs thematische Foren angeboten, die unterschiedliche Schwerpunkte des Berichts abdeckten und einen Einblick in extern angefertigte Expertisen ermöglichten. Im direkten Gespräch mit den Expert*innen sowie den Wissenschaftler*innen, die an der Erstellung der Expertisen beteiligt waren, konnten Fragen gestellt, Ergebnisse diskutiert und die resultierenden Handlungsempfehlungen erörtert werden.

THEMATISCHES FORUM 1

THEORETISCHE UND EMPIRISCHE GRUNDLAGEN

Prof. Dr. Werner Bergmann
Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber



Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber

Im Bericht des Expertenkreises wird gleich zu Beginn festgehalten: »Eine allgemeingültige Definition von ›Antisemitismus‹ existiert nicht.« Wie trotz der unterschiedlichen und manchmal auch widersprüchlichen Deutungen über Antisemitismus verhandelt und diskutiert werden kann und welche Möglichkeiten es dennoch gibt, antisemitische Einstellungen in Gesellschaften zu erfassen, wurde in dem von Prof. Dr. Werner Bergmann und Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber geleiteten Forum zu theoretischen und empirischen Grundlagen erörtert.

10 Vgl. Wilhelm Kempf, *Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee. Eine Spurensuche*, Berlin 2015.

Definitionen von Antisemitismus im Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

- Positive Bewertung der »Working Definition« im Expertenbericht, insbesondere als Grundlage für die praktische Arbeit gegen Antisemitismus, die es Behörden, Polizeikräften und politischen Akteur*innen ermöglicht, zu erkennen, was unter Antisemitismus zu verstehen ist.
- Zusätzlich eigene wissenschaftliche Definition des Expertenkreises, die an die Definition des ersten Expertenberichts anschließt.
- Teil dieser Definition sind nicht nur klassische Formen des Antisemitismus, sondern auch sekundärer Antisemitismus ebenso wie israelbezogener Antisemitismus.
- Im Bericht wird für die Bewertung einer Handlung als antisemitisch nicht nur die Motivation der Akteur*innen zugrunde gelegt, sondern auch die Wahrnehmung der von Antisemitismus Betroffenen sowie die Frage, ob eine Handlung antisemitisch konnotiert ist.

Möglichkeiten der Erfassung von Antisemitismus

- Die fehlende eindeutige Definition führt dazu, dass auch in den Studien zu Antisemitismus unterschiedliche Facetten von Antisemitismus erfasst werden.
- Hinzu kommen Veränderungen der Ausprägungen antisemitischer Einstellungen in Gesellschaften, denen nicht immer oder zumindest nicht schnell genug Rechnung getragen wird oder werden kann.
- Dennoch gibt es verschiedene Studien, die über einen längeren Zeitraum antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung erfassen und versuchen, Veränderungen und Trends aufzuzeigen.



Befunde zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen

- Der klassische Antisemitismus zeigt einen Abwärtstrend.
- Die Zustimmung zu sekundärem Antisemitismus, der sich im Wesentlichen durch eine Schuldabwehr in Bezug auf den Holocaust sowie durch die Forderung nach einem Schlussstrich unter die NS-Verbrechen auszeichnet, liegt deutlich höher als beim klassischen Antisemitismus.
- Israelbezogener Antisemitismus ist nicht immer eindeutig als Antisemitismus erkennbar, aber Studien zeigen Korrelationen zwischen antisemitischem Antizionismus und einer menschenrechtsorientierten »Israelkritik«.¹⁰
- Der Einfluss von Religion auf die Zustimmung zu Antisemitismus ist vor allem dann gegeben, wenn die zugrundeliegenden religiösen Einstellungen einen Dogmatismus aufweisen; klassische Themen des religiösen Antisemitismus, wie etwa Kritik am Schächten und der Beschneidung, werden heute aber vor allem von säkularer Seite aufgegriffen und kritisiert.

In der an die Vorstellung der Befunde aus dem Bereich »theoretische und empirische Grundlagen« anschließenden Fragerunde stehen vor allem die Methoden der Einstellungsforschung im

Vordergrund. Betrachtet wird in diesem Zusammenhang die Operationalisierung von Antisemitismus. Kritisch erscheint dabei vor allem, dass Antisemitismus oft nicht als soziales Phänomen betrachtet wird, sondern meist auf die Ebene der individuellen Einstellungen reduziert bleibt. Daher sind neben der Einstellungsforschung auch weitere Forschungsbereiche, wie z. B. Medienanalysen, notwendig, um ein möglichst vollständiges Bild zur Verbreitung und Bedeutung von Antisemitismus in der Gesellschaft zu erhalten.

In Bezug auf die methodischen Grundlagen der Einstellungsforschung wird auch das Antwortverhalten in Umfragen thematisiert. Hier steht vor allem die Frage der sozialen Erwünschtheit im Vordergrund. Es wird darauf verwiesen, dass die soziale Erwünschtheit des Antwortverhaltens bisher nur in kleineren experimentellen Studien untersucht wurde, hierzu also keine generalisierbaren Aussagen gemacht werden können. Insgesamt gibt es aber bisher keine Möglichkeit, große quantitative Umfragen so zu gestalten, dass auch latente Einstellungen angemessen erfasst werden können. Dennoch bleibt die Einstellungsforschung das Mittel der Wahl, um Antisemitismus in der Bevölkerung zu messen.

THEMATISCHES FORUM 2

RELIGION UND ANTISEMITISMUS

Aycan Demirel
Dr. Rosa Fava
Dr. Chaban Salih



Aycan Demirel

Der Expertenbericht greift in Bezug auf religiösen Antisemitismus vor allem Debatten aus der jüngsten Zeit auf, die auf Antisemitismus in Moscheegemeinden sowie auf antisemitische Diskurse in der evangelischen und der katholischen Kirche Bezug nehmen. Festgestellt wurde in diesem Zusammenhang, dass es bisher nur wenige Untersuchungen gibt, die sich mit Antisemitismus auf der Ebene der Gemeinden befassen. Dies gilt sowohl für die christlichen Religionsgemeinschaften als auch für den Bereich der Moscheegemeinden. Während im Bericht des Expertenkreises eine ausführliche Analyse antisemitischer Einstellungen in den christlichen Kirchen für die Zeit nach Beendigung des »Lutherjahrs« empfohlen wird, um die diesbezüglich zu erwartenden Diskurse nicht auszusparen, hat der Unabhängige Expertenkreis für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Moscheegemeinden eine externe Untersuchung in Auftrag gegeben, in deren Rahmen Imame zu Antisemitismus in ihren Gemeinden befragt wurden. Eine weitere externe Studie setzte sich mit muslimischem Engagement gegen Antisemitismus auseinander. Beide Forschungsarbeiten

wurden im thematischen Forum zu Religion und Antisemitismus, unter der Leitung von Aycan Demirel, vorgestellt und diskutiert. Es konnten direkte Rückfragen an die Wissenschaftler*innen Dr. Rosa Fava und Dr. Chaban Salih gestellt werden, die die externen Expertisen für den Unabhängigen Expertenkreis angefertigt hatten.

Zentrale Ergebnisse des Expertenberichts zu Muslim*innen und Antisemitismus

- Es gibt eine mediale Überfokussierung auf muslimischen Antisemitismus bei gleichzeitig fehlender öffentlicher Aufmerksamkeit für muslimisches Engagement gegen Antisemitismus.
- Die Schwierigkeit besteht häufig darin auszutarieren, wie sich öffentlich zu Antisemitismus unter Muslim*innen geäußert werden kann, ohne der Überfokussierung oder aber einer Bagatellisierung anheimzufallen.
- Deutlich werden muss, dass es tatsächlich ein erhöhtes Maß an antisemitischen Einstellungen unter Muslim*innen in Deutschland gibt. Dafür müssen Erklärungen gefunden werden; eine mögliche Erklärung kann der Herkunftskontext sein.

Imam-Studie

- 18 Imame nahmen an einer qualitativen Befragung teil, die von Dr. Chaban Salih durchgeführt wurde.
- Viele der Befragten nahmen sich selbst als Mittler wahr, die sich in einem Spannungsfeld zwischen der eigenen Gemeinde und den Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft bewegen und zwischen diesen vermitteln müssen.
- Die Medienberichterstattung in Deutschland fokussiert Imame vor allem unter dem Stichwort des »Hasspredigers«. Imame selbst verwiesen jedoch auf ihre Arbeit gegen Antisemitismus in den Gemeinden und die entsprechenden Bildungsangebote für die Gemeindemitglieder.
- Zentrales Ergebnis der Studie ist, die schwierige Rolle der Imame zu erkennen, sie verstärkt als wichtige Multiplikatoren in der Arbeit gegen Antisemitismus wahrzunehmen und das bereits vorhandene Engagement gegen Antisemitismus zu stärken.



Maßnahmen zur Prävention von Antisemitismus in muslimischen Jugendmilieus

- Es wurden neun qualitative Interviews mit muslimischen Akteur*innen geführt, die sich in verschiedenen Projekten gegen Antisemitismus engagieren; ihr muslimisch-Sein spielt dabei eine große Rolle, wird aber je anders definiert.
- Antisemitismus wird von den meisten Befragten als Teil gruppenbezogener Menschenfeindlichkeiten definiert. Entsprechend steht für die befragten Akteur*innen außer Frage, dass Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus nur gemeinsam bekämpft werden können.
- Es gibt die Tendenz, vor allem Projekte durchzuführen, die den interreligiösen Dialog fokussieren, um über die Religion Gemeinsamkeiten zwischen Muslimen und Juden in der weitgehend säkularen Mehrheitsgesellschaft zu finden.
- In Bezug auf das potenziell schwierige Thema des Nahostkonflikts gingen alle Befragten davon aus, dass es sinnvoll sei, dieses Thema zunächst zurückzustellen; mögliche Zugänge könnten dann geschaffen werden, wenn unterschiedliche Ebenen des Konflikts betrachtet und die Gleichsetzung von Juden mit dem Staat Israel aufgebrochen werden.

Im Rahmen der anschließenden Fragerunde wird zunächst thematisiert, ob nicht schon die Struktur des Forums selbst, das sich auf Religion und Antisemitismus beziehen will, dann aber muslimischen Antisemitismus ins Zentrum stellt, Teil einer Überfokussierung auf Muslime ist. Dem wird entgegengehalten, dass der Raum des Forums genutzt werden soll, um Muslime nicht nur als Teil des Problems, sondern auch als Teil der Lösung zu zeigen.

Daneben steht die Frage im Vordergrund, wie »muslimischer Antisemitismus« charakterisiert werden kann. Hier wird darauf verwiesen, dass im Bereich des »muslimischen Antisemitismus« zwar Fragen des Nahostkonflikts besonders zentral sind, dass aber auch klassische Ausprägungen des Antisemitismus sowie sekundärer Antisemitismus sichtbar werden.

Angemerkt wird schließlich auch, dass bei der Diskussion um Antisemitismus und Religion zum einen gefragt werden muss, welche Rolle der Antisemitismus von Gläubigen spielt, zum anderen aber auch die Argumente der Religionen gegen Antisemitismus betrachtet und betont werden sollten.

THEMATISCHES FORUM 3

MEDIEN UND ANTISEMITISMUS

Dr. Juliane Wetzel



Dr. Juliane Wetzel

Medien haben eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie dienen der Wahrnehmung, der Kommunikation, der Einordnung und der Interpretation aktueller und vergangener Ereignisse. Print- und Fernsehmedien stehen dabei neben den immer wichtiger werdenden Online-Medien, die sowohl journalistische Angebote machen, aber auch – in Form der Sozialen Medien – allen die Möglichkeit eröffnen, sich öffentlich und mit großer Reichweite zu äußern und damit die Grenze zwischen Produzent*innen und Leser*innen von Nachrichten verschwimmen lassen. Dr. Juliane Wetzel diskutierte mit den Teilnehmer*innen des thematischen Forums »Medien und Antisemitismus«, welche Rolle verschiedene Medien im Diskurs zu Antisemitismus einnehmen und welche Möglichkeiten es gibt, Antisemitismus in den Medien zu erkennen und sich ihm entgegenzustellen.

Stereotypisierung und Verschwörungsmythen

- Während in Texten der journalistischen Print- und Online-medien heute eher selten stereotype Darstellungen von Juden vorkommen, sieht das bei der Bebilderung der Artikel anders aus.
- Ein Beispiel dafür ist die Illustration von Artikeln mit Bezug auf Israel oder Antisemitismus. Hier wird üblicherweise auf Bilder von orthodoxen Juden zurückgegriffen, so auch etwa im Rahmen der Berichterstattung zu den Wahlen in Israel im Jahr 2006. Öffentliche Kritik hat hier zu einer Sensibilisierung geführt, sodass bei späteren Wahlen diese Illustrationen nicht mehr, oder doch zumindest deutlich seltener Verwendung fanden.
- Stereotype Darstellungen von Juden nehmen oft Bezug auf Verschwörungsmythen. Diese reichen vom Ritualmord, dem Mythos der Brunnenvergiftung, bis hin zur Annahme einer jüdischen Weltverschwörung und Allmacht.
- Häufig wurden in den letzten Jahren Karikaturen genutzt, die auf antisemitische Verschwörungsmythen zurückgreifen: Die Süddeutsche Zeitung imaginierte Israel etwa als »gefräßigen Moloch« und den Facebook-Gründer Mark Zuckerberg als allumspannenden Kraken. Die Stuttgarter Zeitung zeigte Netanjahu beim Vergiften der Friedenstaube.

Soziale Medien

- Aber nicht nur die journalistischen Printmedien tragen zur Verbreitung antisemitischer Stereotype bei, sondern verstärkt auch die Sozialen Medien.
- Diese werden zum einen zur Verbreitung von antisemitischen Stereotypen und Verschwörungsmythen genutzt, zum anderen bieten sie die Möglichkeit, über »Hate Speech« Menschen direkt anzugreifen und zu bedrohen.



Im Rahmen der Fragerunde steht zum einen die Intention hinter der Publikation antisemitischer Inhalte, zum anderen aber auch Maßnahmen gegen Antisemitismus in den unterschiedlichen Medien im Vordergrund.

Für den Bereich der Printmedien wird vor allem gefragt, wie z. B. eine Publikation antisemitisch konnotierter Karikaturen möglich ist, wie sie in den letzten Jahren immer wieder stattgefunden hat. Es müsse bei den Redakteuren doch ein Bewusstsein für die damit transportierten Inhalte geben. Zum einen lässt sich hier ein latenter Antisemitismus feststellen, der oft genug getarnt wird als »Israelkritik«, zum anderen sei aber auch eine Indifferenz vorhanden, die jedoch in keinem Fall als Entschuldigung für die Bebilderung von Artikeln mit antisemitischen Fotos oder Karikaturen gelten kann.



Gegen Antisemitismus in den Medien helfen die öffentliche Äußerung von Kritik sowie der Versuch, die Leser*innen/Konsument*innen auch für unterschwellige Formen des Antisemitismus zu sensibilisieren. Fortbildungen für Journalist*innen können ebenfalls hilfreich sein. Gleichwohl wird sich Antisemitismus in den Medien nicht gänzlich verhindern lassen.

THEMATISCHES FORUM 4

JÜDISCHE PERSPEKTIVEN AUF ANTISEMITISMUS

Prof. Dr. Julia Bernstein
Marina Chernivsky
Prof. Dr. Andreas Zick



Prof. Dr. Julia Bernstein

Im Bericht des Unabhängigen Expertenkreises wurde darauf hingewiesen, dass zwar regelmäßig antisemitische Einstellungen in der Mehrheitsbevölkerung erhoben werden, dass aber nur wenig bekannt ist über die jüdische Perspektive und die damit verbundene Frage, wie Jüd*innen Antisemitismus wahrnehmen, wie sie selbst und andere in ihrem Umfeld von Antisemitismus betroffen sind, welche Bewältigungsstrategien sie verfolgen und wie sie die zukünftigen Entwicklungen einschätzen. Um die Auswirkungen von Antisemitismus auf die Betroffenen zu verstehen und stärker in das Zentrum der Auseinandersetzung mit Antisemitismus zu rücken, hat der Expertenkreis eine externe Studie in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Studie, die von Prof. Dr. Andreas Zick und Prof. Dr. Julia Bernstein durchgeführt wurde, konnten im Rahmen der Tagung im Forum »Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus« unter der Leitung von Marina Chernivsky vorgestellt werden.

Ziele der Studie

- Die Studie unterteilt sich in einen quantitativen und einen qualitativen Teil.
- Hauptziel der Studie ist es zu eruieren, wie Jüd*innen Antisemitismus in der öffentlichen Debatte wahrnehmen und welches Verständnis sie selbst von Antisemitismus haben.
- Dabei geht es nicht nur um eine Bewertung der momentanen Situation, sondern auch um eine Einschätzung dazu, wie sich die Situation in Zukunft darstellen könnte.

Quantitative Befragung zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus

- Insgesamt konnte mittels einer Online-Befragung ein Sample aus 553 auswertbaren Fragebögen ermittelt werden.
- Als zentrale Dimensionen des Antisemitismus werden dort vor allem (1) Verschwörungstheorien, (2) Israelfeindlichkeit, (3) Jüdisch-Sein als »Andersartigkeit«, (4) Stereotype und (5) antisemitisches Handeln genannt.
- 81 Prozent der Befragten geben an, selbst schon Antisemitismus erfahren oder beobachtet zu haben, und 83 Prozent der Befragten prognostizieren einen Zuwachs an Antisemitismus in der Zukunft.
- Als Ort antisemitischer Vorfälle werden zumeist das Internet und die Sozialen Medien genannt.
- Es lässt sich eine Perspektivendivergenz feststellen: Die Mehrheitsbevölkerung nimmt Antisemitismus nicht als relevantes Problem war, während Antisemitismus für die jüdische Bevölkerung in Deutschland alltagsprägend ist.



Prof. Dr. Andreas Zick

Qualitative Befragung zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus

- Es wurden 31 narrativ-biografische Interviews mit verschiedenen Personengruppen geführt.
- Zentrales Problem, das in den Interviews thematisiert wird, ist eine schwierige Kommunikation zwischen Juden und Nichtjuden zum Thema Antisemitismus; es herrscht der Eindruck, dass jüdische Menschen ihre Argumente mehr erklären müssen als andere und ihre Erfahrungen stärker infrage gestellt werden.
- Dies ist auch auf eine Tradition der Normalisierung von Antisemitismus in der Mehrheitsgesellschaft zurückzuführen.
- Die Ergebnisse der qualitativen Befragung zeigen auch Widersprüche, etwa, wenn die Befragten religiöse jüdische Symbole in der Öffentlichkeit aus Sorge vor Übergriffen verbergen, gleichzeitig aber davon ausgehen, dass sie in Deutschland ihre Religion frei ausüben können.
- Auch die Schule wird häufig als Ort genannt, an dem Antisemitismus verbreitet ist, entweder durch Schüler*innen oder aber auch durch uninformierte Lehrer*innen.

Im Anschluss an die Vorstellung der Studie zu Jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland stehen vor allem grundsätzliche Fragen im Vordergrund. Im Plenum wird etwa thematisiert, was eigentlich mit »jüdischer Perspektive«

gemeint ist. Erläutert wird hier, dass es in der Studie weniger um die Perspektive von Juden auf Antisemitismus, sondern viel eher um das Erleben von Antisemitismus geht. Dennoch wird der Begriff der Perspektive als sehr passend gesehen, da es sich um eine Sichtweise handelt, die bisher oft ausgeblendet blieb, die aber mitgedacht und erforscht werden muss, wenn Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus entwickelt werden. Auch wird in diesem Zusammenhang gefragt, warum die erschreckenden Ergebnisse der Studie und des gesamten Expertenberichts keinen öffentlichen Aufschrei bewirken. Dies wird vor allem mit einer Normalisierung von Antisemitismus in Verbindung gebracht und mit dem Appell verbunden, dies nicht so hinzunehmen, sondern sich als Zivilgesellschaft öffentlichkeitswirksam zu äußern.

Neben diesen grundsätzlichen Fragen wird auch die Frage nach den Urheber*innen antisemitischer Gewalttaten gefragt. Hier zeigen Erhebungen, dass es im ländlichen Raum vor allem rechtsextreme Gruppen sind, während im städtischen Kontext die muslimischen Hintergründe der Täter*innen überwiegen. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang aber auch darauf, dass es noch ein sehr viel breiteres Spektrum an antisemitischer Gewalt gibt.

THEMATISCHES FORUM 5

ANTISEMITISMUS IM KONTEXT VON FLUCHT UND MIGRATION

Dr. Sina Arnold
Jana König
Prof. Dr. Beate Küpper



Prof. Dr. Beate Küpper

Zu Beginn der Arbeit des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus war zwar Flucht aus den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen Ostens und Nord-Afrikas ein Thema, aber erst durch die wachsenden Fluchtbewegungen im Sommer 2015 gewann auch das Thema Antisemitismus im Kontext von Flucht und Migration an Dynamik. In der Auseinandersetzung um einen »importierten« Antisemitismus wurde deutlich, dass es bisher kaum Wissen zu diesem Themenbereich gibt. Entsprechend wurde vom Unabhängigen Expertenkreis eine externe Expertise in Auftrag gegeben, die Dr. Sina Arnold und Jana König anfertigten. Die Ergebnisse der Studie wurden im thematischen Forum »Antisemitismus im Kontext von Flucht und Migration« unter der Leitung von Prof. Dr. Beate Küpper diskutiert.

Ziele der Studie

- Der Untersuchung lag u. a. die Frage zugrunde, ob und in welcher Form sich Antisemitismus unter Geflüchteten findet.
- Auch die Frage, welche Maßnahmen der Intervention nötig sind, um Antisemitismus unter Geflüchteten begegnen zu können, sollte erörtert werden.

Vorgehensweise

- Es wurden 25 muslimische Geflüchtete aus Syrien, dem Irak und Afghanistan in leitfadengestützten Interviews befragt.
- Zentrale Themen waren dabei die Einstellungen der Geflüchteten zu Juden, Israel und dem Holocaust.

Ergebnisse

- Die Mehrheit der Geflüchteten äußerte antisemitische Ressentiments. Diese waren aber in den meisten Fällen fragmentarisch und von Widersprüchen gekennzeichnet. Lediglich eine Interviewpartnerin zeigte ein kohärentes antisemitisches Weltbild.
- Eine Auseinandersetzung mit dem Holocaust findet meist erst in Deutschland hat. Viele Interviewpartner*innen stimmen der Aussage zu, dass das, was Israel mit den Palästinensern macht, vergleichbar sei mit dem, was die Nationalsozialisten mit den Juden gemacht hätten. Der Holocaust steht dabei nicht für einen historischen Vergleich, sondern eher als abstraktes Symbol für Unrecht und Leid.
- Für antisemitische Äußerungen der Geflüchteten sind in erster Linie deren Alltagswissen und die Diskurse aus den Herkunftsländern maßgeblich; Geschlecht und Bildung haben hingegen nur wenig Einfluss auf die Einstellungen.
- Den Geflüchteten sind die Tabus in den Aufnahmeländern meist bekannt, ohne sie jedoch immer genau zu verstehen; sie reagieren in den Interviews entsprechend mit Vorsicht.

8. BERICHTE: Antisemitismus im Kontext von Flucht und Migration



Im Rahmen der Fragerunde zu Antisemitismus im Kontext von Flucht und Migration stehen vor allem die Durchführung der Studie sowie der Umgang mit den Ergebnissen im Vordergrund. Einen Teilnehmer interessiert es z. B., ob es Irritationen bei den Interviewpartner*innen darüber gab, dass sie zu Juden und Antisemitismus befragt wurden. Hier wird darauf verwiesen, dass den Interviewpartner*innen im Vorfeld gesagt wurde, dass sie über ihre Lebenssituation und ihre politischen Einstellungen befragt werden. Es zeigte sich daher keine Irritation, sondern vielmehr ein großes Interesse, als politische Akteur*innen ernst genommen zu werden.

Es ergibt sich auch die Frage, ob die Ergebnisse der Studie auf andere Aufnahmeländer übertragen werden können. Dies wird grundsätzlich bejaht, jedoch auch auf die je individuellen Fluchterfahrungen wie auf die Besonderheit der deutschen Geschichte verwiesen.

Vor allem aber stellt sich die Frage des Umgangs mit den Ergebnissen der Studie z. B. für mögliche Interventionen. Als wichtig wird hier insbesondere der Zeitpunkt der Intervention hervorgehoben. Bei der Ankunft in Deutschland muss zunächst Sicherheit geschaffen werden; dennoch ist es wichtig, auch die politische Auseinandersetzung zu suchen und die Geflüchteten als politische Akteur*innen anzuerkennen. Geflüchtete sollten nicht als eine neue Problemgruppe verstanden, sondern in die Gesellschaft einbezogen werden. Antisemitismus gilt dabei als gesamtgesellschaftliches Problem.

THEMATISCHES FORUM 6

PRÄVENTION UND INTERVENTION

Kerstin Engelhardt
Dr. Elke Gryglewski
Patrick Siegele



Dr. Elke Gryglewski

Der Auftrag des Bundestags für den zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus forderte die Auswertung bestehender Präventionsprojekte und -konzepte sowie eine Einschätzung der Umsetzung der im ersten Bericht formulierten Empfehlungen. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, wurden im Expertenbericht nicht nur neue theoretische Konzepte der Präventionsarbeit vorgestellt, sondern auch eine externe Expertise bei der Socius e.G. unter der Leitung von Kerstin Engelhardt in Auftrag gegeben, mit deren Hilfe eine Evaluation bestehender Präventionsprojekte und ihrer Ansätze vorgenommen werden sollte. Im thematischen Forum »Prävention und Intervention« wurden im Rahmen der Tagung die Ergebnisse der Evaluation vorgestellt und unter der Leitung von Patrick Siegele und Dr. Elke Gryglewski mit Kerstin Engelhardt diskutiert.

Ziele der Studie

- Ziel der in Auftrag gegebenen Evaluation war die Identifizierung von »best practice« Beispielen in der Präventionsarbeit gegen Antisemitismus.
- Die Projekte sollten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen stammen und sich nicht nur mit der historischen Dimension von Antisemitismus befassen, sondern vor allem auch mit aktuellen Ausprägungen.

Vorgehensweise

- Es wurden sechs Projekte aus verschiedenen Bundesländern in Ost- und Westdeutschland evaluiert, die sich pädagogisch mit der Prävention von Antisemitismus auseinandersetzen.
- Zielgruppen dieser Projekte sind meist Jugendliche, z. T. sind aber auch Projekte dabei, die sich mit der Präventionsarbeit bei Erwachsenen befassen.
- Instrumente der Evaluation waren Dokumentenanalysen, Befragungen und passive Beobachtungen.

Ergebnisse

- Es gibt kaum Projekte außerhalb spezieller Förderprogramme, die sich mit aktuellen Ausprägungen des Antisemitismus befassen.
- Bei den Projektträgern bestand eine gewisse Zurückhaltung, sich evaluieren zu lassen.
- Projekte bzw. die Projektbeteiligten brauchen ein hohes Maß an Selbstreflexionsfähigkeit, um nicht nur das Handeln anderer, sondern auch das eigene Handeln und die eigenen Vorurteile kritisch zu hinterfragen.
- Die meisten der evaluierten Projekte bearbeiten Antisemitismus mit dem Ansatz der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, der vom Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung entwickelt wurde. Im Zentrum dieses Ansatzes steht die Verknüpfung menschenfeindlicher und diskriminierender Einstellungen, wie Antisemitismus, Rassismus, Homophobie etc., die miteinander korrelieren.



■ Es gibt eine Vielzahl pädagogischer Ansätze und Methoden, die von den Projekten verwendet werden, häufig wird aber versucht, an der Lebenswelt der Zielgruppen anzuknüpfen, was nicht immer einfach ist, weil Jüd*innen oft kein Teil dieser Lebenswelt sind und andere Zugänge gesucht werden müssen, um diesen Bezug herzustellen.

In der anschließenden Fragerunde werden verschiedene Bereiche der Präventionsarbeit angesprochen und diskutiert. Dabei wird u. a. gefragt, ob ein stärkerer Lebensweltbezug durch die Einbeziehung unterschiedlicher Diskriminierungsformen in die pädagogische Arbeit erreicht werden könnte. Es wird erläutert, dass dies in der Praxis häufig bereits so gehandhabt wird. Aus der Einstellungsforschung ist bekannt, dass die unterschiedlichen Formen der Diskriminierung nicht isoliert betrachtet werden können. Problem ist dabei dann aber häufig, dass Antisemitismus mit seinen Spezifika nur noch am Rand betrachtet wird. Dies kann dann dazu führen, dass Projekte, die sich gezielt gegen Antisemitismus richten, nicht mehr gefördert werden.

Daran anschließend wird der generelle Eindruck geteilt, dass Angebote, die dezidiert als antisemitismuskritisch beworben werden, kaum Resonanz finden. Dieser Eindruck lässt sich tatsächlich durch die Ergebnisse der für den Expertenkreis durchgeführten Evaluation bestätigen. Hinzu kommt, dass dieser Themenbereich eine hohe Kompetenz der pädagogischen Fachkräfte erfordert – auch mit der Bereitschaft zur Selbstreflexion.

Etwas allgemeiner wird gefragt, warum nicht von Bildungsarbeit, sondern von Prävention und Intervention gesprochen wird. In der Erwiderung wird darauf verwiesen, dass der Bildungsbereich ein Bestandteil der Präventions- und Interventionsarbeit ist, es daher also nicht ausreicht, nur von Bildungsarbeit zu sprechen. Dennoch bleibt der Bildungsaspekt weiterhin zentral.

9. GESPRÄCHSRUNDE: »MACHBARKEIT« UND UMSETZUNG DER ...

Die zentralen Forderungen des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus wurden im Diskurs rund um die Veröffentlichung des Expertenberichts und auch im Laufe der Tagung immer wieder besonders hervorgehoben und die Notwendigkeit ihrer Umsetzung betont. Im Rahmen der Tagung sollten die Forderungen aber nicht nur diskutiert, sondern auch auf ihre politische Umsetzbarkeit, ihre »Machbarkeit« hin überprüft werden. Hierzu wurden Vertreter*innen verschiedener Organe der Exekutive in einer Gesprächsrunde nach ihren Einschätzungen befragt. Es diskutierten Nikola Gillhoff, MinDirig. Ulrich Weinbrenner und Thomas Heppener.



Nikola Gillhoff

Nikola Gillhoff hat Rechtswissenschaften und Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin sowie am Institute d'Études Politiques in Paris studiert. 1999 bis 2001 arbeitete sie für die Bertelsmann Stiftung in Gütersloh. Nach Eintritt in den höheren Auswärtigen Dienst 2001 war sie in verschiedenen Bereichen für das Auswärtige Amt, u. a. in Brüssel und Tel Aviv, die Europäische Kommission sowie von 2005 bis 2008 das Bundeskanzleramt tätig. Von 2010 bis 2013 deutsche Delegierte in der Maghreb/Mashrek Ratsarbeitsgruppe der EU, die sich mit Sicherheitspolitik und der Zusammenarbeit der EU und den Staaten Nord-Afrikas und des Mittleren Ostens befasst. Zwischen 2013 und 2015 im Europäischen Auswärtigen Dienst in Brüssel für den Bereich des Mittleren Ostens tätig. Seit 2015 stellvertretende Sonderbeauftragte für die Beziehungen zu Jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen im Ausland im Auswärtigen Amt in Berlin.



Nikola Gillhoff, Ulrich Weinbrenner und Thomas Heppener werden zu Beginn der Gesprächsrunde gebeten, eine Einschätzung auf einer Skala von 1-10 zur Umsetzbarkeit der vom Expertenkreis aufgestellten Forderungen zu geben. Herr Weinbrenner wagt sich mit einer 6,8 vor, Thomas Heppener überbietet mit einer 7 und Nikola Gillhoff geht optimistisch von einer 7-8 aus.

Thomas Heppener weist im Folgenden zunächst den, von Ulrich Beck zuvor in Bezug auf den ersten Bericht des Unabhängigen Expertenkreises geäußerten Vorwurf zurück, die dort aufgestellten Forderungen seien unbeachtet geblieben. Herr Heppener betont, dass das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sehr wohl den ersten Forderungskatalog bearbeitet und geprüft hat, was davon in ihren Zuständigkeitsbereich fällt. Viele Forderungen des ersten Expertenkreises wurden vom BMFSFJ aufgegriffen und umgesetzt. Für die Umsetzung der neuen Forderungen – auch nach der Bundestagswahl – sind aber nicht nur Politik und Verwaltung zuständig, sondern eine aktive Zivilgesellschaft in Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft und Politik. Thomas Heppener hält es für einen Fehler, sich bloß auf ein Ministerium zu konzentrieren und darüber beispielsweise die Bund-Länder-Zusammenarbeit zu vergessen. Diese »Player«, und nicht der Staat allein, müssen gemeinsam gegen Antisemitismus und demokratiefeindliche Phänomene insgesamt arbeiten.

Nikola Gillhoff, als Vertreterin des Auswärtigen Amts, äußert sich insbesondere zu den internationalen Reaktionen zum Bericht des Unabhängigen Expertenkreises und lobt in diesem Zusammenhang dessen Arbeit, die im Ausland als »best practice« wahrgenom-

11 http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Gesellschaftlicher-Zusammenhalt/Forum-gegen-Rassismus/forum-gegen-rassismus_node.html (eingesehen am 4. August 2017).

12 <http://www.osce.org/project/words-into-action-to-address-anti-semitism> (eingesehen am 4. August 2017).

... FORDERUNGEN DES EXPERTENKREISES

men wird. Frau Gillhoff berichtet von einer Informationsveranstaltung des Auswärtigen Amtes zum Expertenbericht, die von vielen Diplomati*innen mit großem Interesse angenommen wurde. Die Rückfragen und Kommentare auf der Veranstaltung bezogen sich vornehmlich auf Antisemitismus in Zeiten der sogenannten »Flüchtlingskrise« und auf die potenzielle Gefahr eines »importierten Antisemitismus«. In sieben Ländern, so betont Gillhoff, gibt es bereits den vom Expertenkreis auch für Deutschland geforderten Antisemitismusbeauftragten. Sie nennt beispielhaft Frankreich, Großbritannien, Rumänien, Schweden und Griechenland. Allerdings sind die Beauftragten in den verschiedenen Ländern nicht einheitlich institutionalisiert, sondern in sehr unterschiedlicher Weise eingebunden.

Ulrich Weinbrenner betont, dass im Innenministerium im Stab »Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration« nicht einzelnen Phänomenen, wie Antisemitismus, isoliert mit Maßnahmen begegnet wird. Stattdessen werden Gegenmaßnahmen immer gebündelt, um effektiv zu sein. Es gehe nicht darum, stellt Weinbrenner klar, sich über die Unterschiede z. B. zwischen Antisemitismus und Rassismus hinwegzusetzen. Dennoch hält er individuelle Maßnahmen für Streitbar und ein konzertiertes Vorgehen für ratsam. In diesem Zusammenhang spricht er sich auch gegen die erste Forderung des Expertenkreises zur Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten aus und geht soweit, vor einer Überfokussierung auf Antisemitismus zu warnen.

Die Arbeit gegen Antisemitismus ist nicht zuletzt auch von den Akteur*innen abhängig. Auf die Frage, wie hier Kontinuität auch über die Bundestagswahl im September 2017 hinaus gewährleistet werden kann, antwortet Thomas Heppener zunächst, dass hierfür zuvorderst das Wahlergebnis entscheidend sein wird. In Bezug auf die Zivilgesellschaft macht er sich wenig Sorgen und geht davon aus, dass auch weiterhin aktive Generationen nachrücken. Einschneidende Veränderungen erwartet er jedoch in der Hinsicht, dass die nächste Generation keine Möglichkeit mehr haben wird, Zeitzeug*innen als direkte Gesprächspartner*innen zu treffen. Das wirft die Frage auf, wer in der Zukunft in mahnender Haltung auftreten und Erinnerung wachhalten kann.

Auf die Frage, wie und wo sich engagierte Menschen einbringen können, lädt Thomas Heppener zum *Forum gegen Rassismus* ein¹¹, und Ulrich Weinbrenner rät dazu, Veranstaltungen wie die Tagung des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus zu nutzen, um Kontakte zu knüpfen. Nikola Gillhoff verweist zudem auch auf Positivbeispiele aus den sieben Ländern, die bereits einen Antisemitismusbeauftragten eingesetzt haben, und lobt insbesondere den Aktionsplan, mit dem Frankreich auf die Anschläge gegen jüdische Einrichtungen reagiert hat. Sie wirbt aber zugleich auch dafür, in Zukunft noch proaktiver zu wirken. Auch das OSZE-Förderprogramm *Words Into Action*¹² wird von ihr als besonders gelungen bezeichnet.

Zum Abschluss versichert Ulrich Weinbrenner, dass jede zukünftige Bundesregierung den Themenkomplex »Gesellschaftlicher Zusammenhalt« auch weiterhin ins Zentrum stellen und aktiv gegen Antisemitismus in der Gesellschaft vorgehen wird. Thomas Heppener betont, dass es zwar Aufgabe der Politik ist, Fördermöglichkeiten zu schaffen, aber Engagement letztlich in lokalen Bündnissen entsteht und nicht am Schreibtisch. Dafür müssen Wissenschaft, Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Nikola Gillhoff verweist abschließend darauf, wie wichtig es ist, die Arbeit gegen Antisemitismus fortzusetzen, um jüdisches Leben in Deutschland zu schützen und die hier entwickelten Initiativen international weiterzugeben.

MinDirig. Ulrich Weinbrenner

Ulrich Weinbrenner hat in Mainz und Speyer Rechts- und Verwaltungswissenschaften studiert. Seit 1992 im Bundesministerium des Innern (BMI). 1995 bis 1997 Tätigkeit bei der Europäischen Kommission in Brüssel. Danach im BMI mit Migrations- und Sicherheitsfragen befasst. Seit 2007 Leitung verschiedener Referate in der Abteilung Öffentliche Sicherheit und zwischen Oktober 2014 und Januar 2016 der Projektgruppe für die Reform des Datenschutzrechts in Deutschland und Europa. Seit Februar 2016 Leiter des neu gegründeten Stabs »Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration« im BMI.



Thomas Heppener

Leiter der Referatsgruppe »Demokratie und Vielfalt« im Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend. Er ist Lehrer und Betriebswirt und war bis 2014 Direktor des Anne Frank Zentrums.



10. RESÜMEE UND IMPRESSIONEN



Mit der Tagung »Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen« des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus wurde das Ziel verfolgt, die Ergebnisse des im April 2017 veröffentlichten Expertenberichts einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen, eine Fachdebatte zu aktuellen Formen des Antisemitismus in Deutschland anzustoßen sowie Möglichkeiten und Bedarf der Präventionsarbeit zu diskutieren. Die Tagung traf mit diesem Anliegen auf breites Interesse der (Fach-)Öffentlichkeit, wie allein schon die Teilnehmer*innenzahl von fast 200 Personen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik zeigt.



Insgesamt stieß der Bericht bei den Teilnehmer*innen auf eine positive Resonanz. Vor allem die besondere Beachtung der oft ausgeklammerten jüdischen Perspektive auf Antisemitismus wurde gewürdigt. Es wurde insbesondere auf die im Bericht festgestellte Perspektivdivergenz Bezug genommen, die eine Diskrepanz verdeutlicht zwischen nichtjüdischer Mehrheitsgesellschaft, die Antisemitismus höchstens als Problem der nationalsozialistischen Vergangenheit betrachtet, ihm aber kaum aktuelle Relevanz zumisst, und der jüdischen Bevölkerung, die alltäglich mit Antisemitismus auf verschiedenen Ebenen konfrontiert wird.



Aber auch die im Bericht angesprochenen und im öffentlich-medialen Diskurs besonders präsenten Fragen zu Flucht und Migration sowie deren Einfluss auf Antisemitismus in Deutschland wurden diskutiert. Hervorgehoben wurde dabei auf der einen Seite immer wieder, wie wichtig weitere Forschung zu diesem Themenfeld ist, zu dem es bisher kaum gesicherte Wissensbestände gibt, dass aber auf der anderen Seite darüber nicht vergessen werden darf, dass Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das sich durch alle gesellschaftlichen Gruppen, Schichten und Gemeinschaften zieht.



Im Rahmen der Tagung zeigte sich in besonderem Maße, welche Bedeutung die Präventionsarbeit gegen Antisemitismus hat und zwar nicht nur im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, sondern auch im Bereich der Erwachsenenbildung. Besonders betont und mit den anwesenden Vertreter*innen aus der Politik diskutiert wurde die Forderung des Expertenkreises nach einer verstetigten Förderung der Präventionsarbeit gegen Antisemitismus. Denn der Bericht zeigt deutlich: Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine dauerhafte Aufgabe, die finanzielle Sicherheit braucht, um wirksam sein zu können.

Mittlerweile sind seit der Tagung einige Monate vergangen. Der im Januar 2015 berufene Expertenkreis ist seit der Übergabe des Berichts an den Bundestag am 24. April 2017 offiziell aufgelöst. Aber die Arbeit des Expertenkreises wirkt nach: Am 15. Mai 2017 wurde im OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) ein Leitfaden zum Thema »Antisemitischen



Hassverbrechen begegnen – jüdische Gemeinden schützen« vorgestellt: Die hier erhobenen Forderungen decken sich nicht nur weitgehend mit den Forderungen des Expertenberichts, der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus wird auch als »best practice« Beispiel genannt. Am 21. Juni 2017 befasste sich der Deutsche Bundestag in einer öffentlichen Sitzung mit dem Expertenbericht und seinen Ergebnissen. Auch wurde am 20. September 2017 vom Deutschen Bundestag die sogenannte »Arbeitsdefinition« zu Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als Definition verabschiedet. Sie soll vor allem die praktische Arbeit der Polizei, der Justiz und auch der Zivilgesellschaft unterstützen.

Dennoch bleibt weiterhin die Frage zentral, wie die Forderungen des Unabhängigen Expertenkreises so in der öffentlichen Diskussion gehalten werden können, dass sie in der nächsten Legislaturperiode von der Regierung aufgenommen werden und Wirkung entfalten können. Dies wird nicht zuletzt auch von der Berufung eines Antisemitismusbeauftragten abhängen. Die Frage, ob ein Beauftragter für Antisemitismusfragen notwendig ist, wurde innerhalb des Expertenkreises lange und kontrovers diskutiert. Hier wurde sich letztlich dafür ausgesprochen, um eine Umsetzung der Forderungen und Empfehlungen – auch jenseits sich ändernder parteipolitischer Konstellationen – zu



gewährleisten und die Arbeit gegen Antisemitismus koordinieren zu können. Vor allem aber sollen Jüd*innen einen Ansprechpartner zur Seite gestellt bekommen, der sich dafür einsetzt, Probleme zu verdeutlichen, vorhandene Bemühungen gegen Antisemitismus zu stärken und damit jüdisches Leben in Deutschland nachhaltig zu schützen.

HERAUSGEBER

Koordinierungsstelle des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

c/o Anne Frank Zentrum e.V.

Rosenthaler Str. 39

D-10178 Berlin

Telefon +49 (30) 288 86 56 00

Fax +49 (30) 288 86 58 01

www.annefrank.de

zentrum@annefrank.de

UNABHÄNGIGER
EXPERTENKREIS
ANTISEMITISMUS



V.I.S.D.P. Patrick Siegele

Text Dr. Christina Herkommer u. a. beruhend auf den Tagungsprotokollen von Joscha Jelitzki, Clara Woopen, Lukas Wieczorek, Sophie Weber, Heiko Niebur und Katinka Meyer

Fotos Swen Rudolph und Jan Schapira

Redaktion Patrick Siegele, Dr. Juliane Wetzel, Dr. Christina Herkommer, Janine Quandt

Lektorat Dr. Angelika Königseder

Visuelle Konzeption und Gestaltung Kerstin John, Kommunikationsdesign

Druck Pinguin Druck GmbH

Berlin, im November 2017

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus wurde gefördert
durch das Bundesministerium des Innern

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages





Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus wurde gefördert
durch das Bundesministerium des Innern

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages